

# Der Grundstein

## Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Central-Krankenkasse der Maurer, Cipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom Zentralverband der Maurer Deutschlands, Hamburg 1.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr. Vereins-Anzeigen für die dreispaltige Petitzelle oder deren Raum 30 A.

### Los vom Alkohol!

Sich bin ein Teil von jener Kraft, Die stets das Böse will und doch das Gute schafft.

Schon oft hat sich dieses Wort, das Goethe den Mephisto zur Charakterisierung seines Wesens sprechen läßt, an der deutschen Regierung und den herrschenden Parteien bewährt, aber wohl selten ist dies so treffend und so vollständig der Fall gewesen, und wohl selten ist es auch so augenfällig in der Erscheinung getreten, wie es nach dem Werk des Schnapsbloss, nach der unerhörten Steuererhöhung auf Bier und Branntwein der Fall zu sein scheint. Die Absicht der Regierung und des Fuzelsbloss war es, durch erhöhte Besteuerung dieser ebenso beliebten wie unter Umständen gefährlichen Genussmittel Hunderte Millionen aus den Taschen des Volkes zu holen, um damit die Folgen der wahnwitzigen Rüstungs- und Flottenpolitik zu decken und gleichzeitig den Junkern 50 Millionen Mark besonders „Liebesgabe“ belassen zu können. Aber es kommt anders! Schon gleich nach der Annahme des Gesetzes machten sich überall Anzeichen dafür bemerkbar, daß das Volk, und besonders die Arbeiterschaft Deutschlands, nicht gewillt ist, der Gesetzgebung fortgesetzt als williges Ausbeutungsobjekt zu dienen. Und als am 1. August die erhöhte Steuer in Kraft getreten war und auf Vereinbarung der Brauereien und der Wirte die Preise erhöht wurden, da erhob sich allerwärts ein stürmischer Protest. Wohlthatbeschlüsse wurden gefaßt, und vielerorts forderte die Arbeiterpresse zur Enthaltung vom Alkohol auf, um so insbesondere den Schnapsjunkern einen empfindlichen Dornzettel zu geben. Nun hat auch noch der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie, die oberste Vertretung des größten Teils der deutschen Arbeiterklasse, einstimmig wenigstens dem Schnaps den Krieg erklärt, und es war charakteristisch für die Stimmung unter der aufgeklärten Arbeiterschaft, daß die auf den Tribünen anwesenden Arbeiter bei dieser Abstimmung in jubelnden Beifall ausbrachen. Diese Tatsache gibt die Gewähr dafür, daß der Wille zum Wohlthat des Schnapses in den Herzen der politisch denkenden Arbeiter verankert ist und daß deshalb der Wohlthatenkampf nicht wirkungslos verhallen wird.

Es ist klar, daß die Durchführung dieses Beschlusses eine ungeheure politische Bedeutung hat. Das geben auch viele bürgerliche Presseorgane zu. So konstatierte z. B. das „Berl. Tageblatt“, „daß das neue Branntweinsteuergesetz einschneidend der vom schwarzen Blut durchgedrückten Verewigung der Liebesgabe einen tödlichen Stoß erhalten würde, wenn sich der Branntweinkonsum auch nur um 25 pSt. vermindern würde.“ Und die „Berliner Zeit am Mittag“ sagt: „... Es kann gar keinen Zweifel unterliegen, daß die entschlossene Durchführung des Branntweinwohlthatens für die sozialdemokratische Partei einen moralischen Erfolg ersten Ranges und andererseits einen furchtbaren wirtschaftlichen Schlag für die Branntweinbrennerei bedeuten würde. Dem Reichsfinanzministerium würde ein Ausfall auch nur von 50 Millionen alle seine Kalkulationen über den Saufen werfen, so daß an unserer Reichsregierung, die die Spirituspolitik betreibt, und an den Agrariern, die die Früchte davon genießen haben, sich das Wort benützen würde: „Wer allzu hart schlägt, schlägt seine eigene Hand.“

Hier und dort hofft man allerdings, daß der Wohlthat nicht lange anhalten wird. Schon einmal, in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts, sei eine ähnliche Bewegung zu verzeichnen gewesen, die nach einigen Jahren im Sande verlaufen sei. Wir hoffen zuversichtlich, daß das diesmal nicht der Fall ist. Die Arbeiterschaft von heute ist um vieles reifer, als die vor 80 Jahren; sie weiß, was sie will, und wenn sie sich ein Ziel gesteckt hat, so strebt sie auch mit allen Mitteln, es zu erreichen. Und sie hat in diesem Falle wahrlich Grund genug. Sind es doch die kapitalistische Gesellschaft und der Klassenhaß, die von dem Trinkkaster des Volkes leben. Vom Schnaps leben die großen adeligen

Wohlsbergister, die auf ihren Gütern aus Kartoffeln Branntwein brennen. Ihnen verwandeln sich die Leiden des Säufers und die Tränen seines Weibes zu klingenden Goldstücken. Die wirtschaftliche Macht, die die Junker aus dem Gewerbe der Brennerei ziehen, stärkt aber auch wieder ihre politische Macht; die sie brutal zu ihrem eigenen Vorteil ausnützen. Sie lassen sich vom Staat noch eine jährliche Prämie von 50 Millionen Mark begahlen zum Dank dafür, daß sie mit ihrem Fuzel das Volk vergiften. Vom Schnaps lebt aber nicht bloß der Junker, sondern auch der Staat. Von dem Geld, das arme Teufel ausgegeben haben, um sich zu Lede zu trinken, kauft der Staat Kanonen, mit denen andre arme Teufel totesgeschossen werden können. Schnaps wird Gold, Gold wird Macht in den Händen der Junker und des Klassenstaates. Das alles wissen die aufgeklärten Arbeiter und deshalb ihre jubelnde Zustimmung zum Wohlthatbeschluss. In dieser Zustimmung äußert sich die Empörung über die Lagen der Regierung und des Schnapsbloss. Und diese Empörung ergreift nicht nur Klassenbewußte Arbeiter, nein, die Lagen des Schnapsbloss sind dazu angetan, die Empörung, die Unzufriedenheit in Kreise zu tragen, in denen sie bis heute unbekannt waren.

Daß die Empörung der gesamten Arbeiterschaft gewollt wurde, daß das Proletariat aufgestachelt wird zu einer gewaltigen einheitlichen Demonstration, daß Laufende und aber Laufende Arbeiter von den heute herrschenden Parteien abzuwenden und ins Lager der Sozialdemokratie einzuweisen, wodurch die Macht der Arbeiterklasse bedeutend gesteigert wird, das ist das Gute, was durch das von der Regierung und dem Schnapsbloss der Arbeiterklasse zugebrachte Böse bewirkt wird. Aber so gut es ist, es ist nicht das Beste. Wichtiger ist die Tatsache der Anti-Alkoholbewegung an sich. Soll der Schnapswohlthat zunächst auch nur das Mittel sein, um einen bestimmten politischen Zweck zu erreichen, so wird durch ihn doch zweifellos die reine Anti-Alkoholbewegung, der die Bekämpfung des Alkohols Selbstzweck ist, einen gewaltigen Anstoß und eine nachhaltige Förderung erfahren. Und das kann man im Interesse der Arbeiterklasse mit Freuden begrüßen, selbst wenn man nicht auf dem Standpunkt der absoluten Abstinenz steht. Wie viel Unglück, wie viel Not und Elend, wie viel moralische und intellektuelle Gerittung der übermäßige Alkoholgenuß mit sich bringt, ist in seiner Größe auch nicht annähernd abzuschätzen. Ungeheure Summen geistiger Kräfte werden durch ihn ertrötet oder an ihrer Entfaltung verhindert. Der Alkohol macht das Volk ärmer an Geld, an Gesundheit, an Genußfähigkeit und somit an Glück; er bricht die Widerstandskraft und lähmt das Denken; er erbaut das Volk in geistiger Unreife und Abhängigkeit. Jeder Mensch weiß, daß gewohnheitsmäßigen Schnapsrinkern zumeist jede geistige Regsamkeit fehlt. Ein Volk von Branntweintrinkern ist leicht zu regieren und leicht auszubeuten. Der Schnaps war und ist eines der zuverlässigsten Mittel zur Erhaltung des Volkes in Dummheit und Knechteligkeit. Der Schnapsrinker betäubt das Gefühl seines Elends im Saft, anstatt an seiner Beseitigung zu arbeiten; er sinkt deshalb immer tiefer ins Elend. Wer für eine bessere Zukunft des Volkes kämpfen will, der muß in erster Linie den Branntweingenuß wie jeden übermäßigen Alkoholgenuß mit Bekämpfen.

Wenn von der Wahrheit dieser Gedanken allmählich große Kreise der Arbeiterschaft durchdrungen werden, dann ist das das zweite, weit größere Gute, was für die Arbeiter durch das böse Wollen der Regierung und des Schnapsbloss bewirkt wird. Und daß dies allmählich bewirkt wird, davon sind wir fest überzeugt. Zwar wissen wir sehr wohl, daß es auch viele Arbeiter gibt, die nicht fähig sind, dem Alkohol ganz oder teilweise zu entsagen, die durch jahrelangen Genuß dieses Giftes so willenlos schwach geworden sind, daß sie sich nicht mehr von ihm losreißen können. Aber Laufende und Abertaufende werden den Willen und auch die Kraft haben, zunächst im Interesse einer großen Sache auf den „Genuß“ von Alkohol zu verzichten. Und

wenn sie das eine Zeitlang getan haben, dann werden sie finden, daß das „Opfer“, was sie brachten, eigentlich gar kein Opfer, sondern ein unschätzbare Gewinn für sie war. Denn hinter der scheinbaren Anregung durch den Alkohol verbirgt sich in Wahrheit das Gift der gefährlichsten Zerstörung, die langsam und was das Gefährlichste ist, für den Trinker selbst ganz unmerklich vor sich geht. Durch die Betäubung der Nerven und der Sinne wird ihm ein Genuß, eine Lebensfreude künstlich vorgegaukelt, was nur dadurch möglich ist, daß die Nerven in ständiger vibrierender Erregung gehalten werden. Diese Erregung äußert sich für Trinker anfangs in einem selbstgefälligen Kraftgefühl und in einer mitunter recht gefährlichen Latenz. In Wirklichkeit steckt hinter diesem Kraftgefühl nichts, als eine durch die Erregung der Nerven hervorgerufene Schwäche, die sich bei gewohnheitsmäßigen Trinkern oft genug in körperlichen Zittern, dem sogenannten Latenzschütteln, äußert, sobald einmal der nerven-aufpeitschende Fuzel fehlt.

Aber auch dort, wo die Wirkungen des übermäßigen Alkoholgenußes nicht sofort jedem in die Augen fallen, birgt er Gefahren in Gülle und Fülle. Es ist bestimmt nachgewiesen, daß insbesondere der chronische Alkoholisimus die Klasse verflüchtigt und die Nachkommenschaft entarten läßt. Bei Abstammungen von Trinkern findet man neben körperlicher Schwäche sogenannte Degenerationszeichen; sehr oft leiden diese Personen an Geistes- und Nervenkrankheiten, namentlich an Epilepsie, Idiotie und Blödsinn. Der Alkoholisimus trifft besonders empfindlich den Arbeiterstand, weil die Arbeiter am wenigsten in der Lage sind, die schädliche Wirkung des Alkohols durch gute Ernährung zu paralysieren. Der Alkohol tötet den Willen und alle feinen Empfindungen und Gedanken im Menschen, dafür stärkt er die rohen und tierischen Triebe. Eine Fülle von Verbrechen wurde unter Ausschluß des klaren Willens in Banne des Fuzels begangen. Der „Lebensverfälscher“, „Trödler“ und „Sorgebringer“ hat unendlich viel Leid, Kummer und Tränen über die Menschheit gebracht. Der Verzicht auf ihn macht nicht ärmer, sondern reicher, reicher an Kraft, Gesundheit und Lebensfreude. Er ermöglicht uns eine bessere Ernährung, bessere Wohnung, bessere Sorge für die Kinder; er schafft uns die Zeit und die Mittel zum Natur- und Kunstgenuß. Der Verzicht auf den Alkohol ist eine Schutzwehr im Kampfe um unsere Lebenshaltung, er ist ein Mittel, um die idealen Bedürfnisse der Arbeiter zu steigern. Würde er allgemein durchgeführt, so würde dadurch eines der größten Hindernisse zum kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse aus dem Wege geräumt. Die Arbeiterklasse hat also durch den Verzicht auf den Alkohol viel zu gewinnen und nichts zu verlieren.

Welch gute Wirkung der Verzicht auf den Alkohol für die Arbeiter auch bei Kämpfen zwischen Kapital und Arbeit hat, das zeigt in hohem Maße der Generalstreik in Schweden, wo die Abstinenzbewegung bekanntlich stärker als in irgendeinem andern Lande verbreitet ist. Das nur wenig mehr als fünf Millionen Einwohner zählende Land hat fast eine halbe Million organisierte Abstinenzler, wovon natürlich ein großer Teil organisierte Arbeiter sind. Die Ruhe, Sicherheit und Fähigkeit, womit die schwedischen Arbeiter ihren gewaltigen Kampf führen, beweist den außerordentlich wohlthätigen Einfluß dieser Bewegung. Zweifellos hat das Verbot des Alkoholverkaufs neben der großartigen Schulung der schwedischen Arbeiterschaft viel zur Aufrechterhaltung der Ordnung beigetragen, und man wird es begreifen, wenn ein Londoner Bourgeoisblatt, wie die „Times“, sagt, das Schlimme dieser Maßregel sei nur, daß sie die Erbparrnisse der Streikenden gesondt und damit ihre Widerstandsfähigkeit verlängert habe.

Die Arbeiter haben also in jeder Beziehung Ursache, den Genuß des Alkohols ganz entschieden zu bekämpfen. Sie demonstrieren damit in recht einfacher, bequemer und billiger Weise gegen die Schamlosigkeit des Schnapsbloss.

Sie greifen gleichzeitig in äußerst wirksamer Weise in das politische Getriebe ein und schädigen obendrein die größten Volkseinde, die ostephischen Schnapsjunker an ihrer empfindlichsten Stelle: ihrem Geldbeutel. Sie beseitigen viel Krankheit, Leid und Elend und sie räumen eines der größten Hindernisse aus dem Wege, das die Arbeiterklasse an ihrem kulturellen Aufstieg hindert. Wer Freiheit, Recht, Bildung, Keimlichkeit, Kraft und Gesundheit für die Arbeiter erstrebt, der wolle als Apostel für den Verzicht der Arbeiter auf den Alkohol Wenn das geschieht, wenn innerhalb der Arbeiterklasse allgemein Auffklärung über die Gefahren des Alkohols verbreitet wird, wenn insbesondere der Schnapskonsum aus äußerster Einschränkung wird, dann kann man mit noch größerem Recht als sonst auf die ausbreitungsfähigste Fufelmehrsheit das Goethesche Wort anwenden:

Sie ist ein Teil von jener Kraft,  
Die stets das Böse will und doch das Gute schafft.

**Ubel und Schnaps.**

Wie empfindlich die Schnapsjunker vom Schnapsboykott der Arbeiter betroffen werden können, das geht aus dem Protokoll der 57. Generalversammlung des Verbandes deutscher Spiritusfabrikanten, die am 26. Februar 1909, also schon vor dem Einsetzen des Boykotts, im „Rheingold“ zu Berlin abgehalten wurde, recht deutlich hervor. Das Protokoll wurde von der „Breslauer Volkswacht“ veröffentlicht. Unter den Teilnehmern befanden sich: Eine Excellenz, 8 Grafen, 4 Freiherren, 31 einfach ablige und eine große Anzahl bürgerlicher Schnapsbrenner. Die Regierung hatte als Gäste entsandt: Ministerialdirektor Dr. Hiel, Geheimere Oberfinanzrat Jochen, Geheimere Regierungsrat Boenisch, Geheimere Regierungsrat Goh, Geheimere Regierungsrat Frhr. v. Falkenhausen, Geheimere Ober-Regierungsrat Prof. Dr. v. Bergha und Regierungsrat Dr. Appel.

Geschäftsführer des Vereins ist der Geheimere Regierungsrat Professor D. M. Delbrück. In seinem Bericht betonte er, daß der Verein angesichts der neuen Steuerbeiträge sein müsse, den Schnapskonsum zu fördern. Der Abstinenzbewegung müsse mit aller Schärfe entgegengetrieben werden; denn der Konsum an Trinkbranntwein sei ganz erheblich gesunken. Die Schnapsbrenner wollen international gegen die Abstinenzleute vorgehen durch Errichtung einer ernährungsphysiologischen Abteilung, unter Leitung des Privatdozenten an der Landwirtschaftlichen Hochschule, Herrn Dr. Boelz. In diesem Laboratorium, für das jährlich 20 000 zur Verfügung stehen, sollen alle die Alkoholfrage betreffenden Untersuchungen ausgeführt werden können. Alles, was in der Literatur, an Experimenten und Behauptungen auftritt, soll auf seine Richtigkeit untersucht werden. Herr Dr. Boelz wird noch ein Mediziner und ein Chemiker als Assistent zur Seite haben. Der Vorstand und der Ausschuss haben deshalb beschlossen, für die Herstellung von Trinkbranntwein und Likören eine besondere Abteilung einzurichten. In dieser Abteilung sollen auch die alkoholischen Getränke beobachtet werden. Die Abstinenz geht so vor, daß sie überall Alkoholfreiheit verlangt, aber das Trinkbedürfnis der Bevölkerung wird durch die sogenannten alkoholfreien Getränke nicht befriedigt. „Ich weiß nicht“, führte Prof. Dr. Delbrück aus, „ob Sie geneigt sind, einmal eine Koloprobe auf diesem Gebiete vorzunehmen. Dann gehen Sie, bitte, in eine alkoholfreie Schenke und versuchen Sie dort einmal Ihren Durst zu stillen. Ich habe mit einigen Kollegen eine solche Probe gemacht. Wir hatten uns den Tag über an einer Exkursion schon reichlich mit den uns gemeinen Getränken beteiligt und waren der Meinung, des abends müßten wir alkoholfrei leben. Nun, in einer halben Stunde hatten wir die ganze Karte durchgeschlopfet und dann betrafen wir mit Grausen das Total.“

Nach ihm sprach der Reichstagsabgeordnete Hans Eber zu Puttlich, der die Vorlage der Schnapsbrenner in beweglichen Worten schilderte. Rittergutsbesitzer Landrat v. Puttkamer-Dornow erwiderte in der neuen Branntweinsteuer, die den Konsum verringern müsse, eine Vermögenskonkussion, die sich niemand gefallen läßt; selbst der Wurm krümmt sich, wenn er getreten wird. — Rittergutsbesitzer Förster-Kontopp sagte: „Je weniger getrunken wird, desto höher wird der Preis geschraubt werden, und je höher der Preis, desto weniger wird getrunken, und das Endergebnis wird sein, daß unsere Gewerbe in Grund und Boden ruiniert wird.“

So haben die Schnapsbrenner gemurmelt, ehe sie ahnen konnten, daß die Arbeiterschaft den Schnaps boykottieren werde. Wie verheerend der Schnapsboykott auf die Schnapsbrenner wirken wird, davon kann man sich nach diesen Klagen über den zu beschleunigenden Konsumrückgang infolge der Steuererhöhung eine kleine Vorstellung machen. Die Lösung der Arbeiterschaft muß jetzt sein: Nun erdreht keinen Schnaps! Das schmerzt die volksfeindlichen Junker mehr, als wenn sie von den Arbeitern Krügel bekommen.

**Sozialdemokratie und Gemeindepolitik.**

III.  
Vor einem Vierteljahrhundert schrieb der ehemalige österreichische Minister Dr. Albert Schäffle: „Nur aus den gesellschaftlichen Zuständen heraus läßt sich bestimmen, welche Aufgaben in den Bereich langfristiger sozialistischer Lösung fallen.“ Er folgert: „Die Kollektivwirtschaft muß nach dem allgemeinen Entwicklungsgefehl fortgesetzt zunehmen.“ Das gilt, wie für den Staat, so auch für die Gemeinde, die als Zwangsgemeinschaft mit ihrer Organisation und ihren Aufgaben der Entwicklung des Gemeinlebens der Nation sich anpassen, dieser Entwicklung gerecht werden muß. Da steht die Sorge für das Wohl der Arbeiterklasse in erster Linie, sie, alle gesunde und wirklich reformatorische Gemeindepolitik konzentriert sich auf diese Aufgabe, die einen

integrierenden Teil der Sozialpolitik des Reiches und des Staates bildet. Die Reichs- und Landesgesetzgebung muß der Reform im weitesten Umfange freie Bahn schaffen, mit gutem Beispiel voranzugehen, und die Gemeinde muß folgen.

Die ganze politische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung drängt die Arbeiterklasse mit zwingender Notwendigkeit auf das Gebiet der Kommunalpolitik. Die Gemeinde kann nicht bleiben, was sie jetzt ist; neue Organisationen, höhere Aufgaben sind ihr vorbehalten. Lange ist, wie in anderen Ländern, so auch bei uns in Deutschland, das kommunale Verwaltungsproblem bergesen und verkannt worden über dem staatlichen Regierungssystem. Die Logik der Tatsachen weist die Gemeinde darauf hin, ein ganz neuer sozialer Organismus zu werden, unter stetig wachsender Anerkennung demokratischen Geistes und sozialpolitischer Fürsorgepflicht: Sie muß als ein freies Glied des Staatsorganismus sich betätigen; wie das Individuum, so soll auch sie von der staatlichen Zentralgewalt nicht mehr, als das Volksinteresse es gebietet, abhängig sein. Ein Ende nehmen muß der dem natürlichen Wesen der Gemeinde widersprechende Zustand, daß reaktionäre Staatsmacht, herrschende Klassen und Cliquen sie ihren speziellen Interessen dienbar machen.

Langsam, unter harten Kämpfen, ist die Erkenntnis vom Wesen und vom Zweck der Gemeinde, von ihrer Bedeutung und ihren Aufgaben herangereift. Zuerst in England, und dort hat diese Erkenntnis im Verlaufe des neunzehnten Jahrhunderts, besonders seit der Mitte desselben, bereits zu einer völligen Umwandlung des sozialen Charakters der Gemeinde geführt. Die besten Denker jenes Landes, Alexis de Toqueville, Stuart Mill u. a., haben ihr Gebiet mit guten Ideen und Vorschlägen. Stuart Mill legte der Gemeinde eine maßgebende Bedeutung für die Erziehung des Individuums zum sozialen Empfinden und Handeln bei. Er stellte die Lehre auf: Die kommunale Selbstverwaltung sei nicht nur deshalb wertvoll, weil die Teilnahme an ihr Einzelpersonlichkeiten schaffe, sondern auch, weil sie die Individuen mit der Fähigkeit ausstatte; allgemeinen Interessen zu dienen. Das ist, nach Einzelheimers richtiger Erklärung, nichts andres als „eine Spielform“ der die individualistische mit der sozialistischen Gesellschaftsauffassung verbindenden sozialen Gesellschaftsauffassung. Hatte der Staat nach Mill die Aufgabe, regulierend in das Wirtschaftsleben zugunsten der unteren Klassen einzugreifen, so war die kommunale Selbstverwaltung ihm ein Mittel, eine vollständig neue Gesellschaftsordnung zu begründen. Der englische Sozialismus hat jodann darüber hinaus die Probleme der Kommunalverwaltung in eine innige Verbindung mit den wirtschaftlichen Grundprinzipien des sozialistischen Systems gebracht.

Bis gegen Mitte des vorigen Jahrhunderts waren die städtischen Korporationen in England geschlossene Körperschaften, deren ganze Tätigkeit darin bestand, das städtische Vermögen zum Besten der wenigen ihnen angehörigen Freibürger zu verwalten und auszubringen. Und heute? Man lese darüber E. Hugos vorzügliches Werk: „Der Municipal-Sozialismus in England“. Das Privatunternehmungswesen wird bei Gemeindepolitik mehr und mehr ausgeschaltet oder an Bedingungen zugunsten der Arbeiter und des gemeinen Volkes gebunden. Die Gemeinde betreibt gesunde Arbeitspolitik; sie gestaltet das Regierewesen aus, unterstützt und fördert die Arbeiterorganisation, wirkt mit ihr gemeinsam und nimmt sich der Arbeitslosen an. Sie läßt sich die Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses angelegen sein und sorgt für gute Wohnungen. Im liberalen England, dem kapitalistischen Mutterlande, sind den Privatunternehmern im Wohnungswesen härtere Fesseln angelegt als bei uns in Deutschland, das vorgeliegt an der „Spitze der Sozialreform“ marschiert. Die deutsche Gesetzgebung ist noch nicht zur Anerkennung des Grundsatzes gelangt, der in England längst Durchführung gefunden hat, daß „die Bekämpfung des Wohnungselends“ nicht das Werk einer einzigen gesetzlichen Maßregel sein kann, vielmehr verschiedene einander ergänzende Maßnahmen getroffen werden müssen, wenn nicht eine Verflechtung statt einer Verbesserung der Wohnverhältnisse der Schlussfolgung sein soll.

England hat jene zusammenhängende Gesetzgebung über Volkshäuser. Dort existiert eine Wohnungsinspektion, die nicht von Polizisten, Armenärzten usw., im Nebenamt, sondern von hygienisch vorgebildeten ärztlichen Spezialbeamten ausgeübt wird, die sonst keine ärztliche Praxis betreiben.

Und weiter: Die Stadt liefert jedem, der in ihr wohnt, reines Wasser; sie erleuchtet die wohlgehaltenen Straßen, das Haus des Bürgers. Sie heizt seinen Hausfein und liefert ihm auch den Herd selbst. Sie treibt seinen Fahrstuhl durch Elektrizität oder hydraulische Kraft; sie liefert ihm das Telefon. Sie besorgt ihn durch die Hauptstraßen der Stadt zum Stadthaus, wo der Bürger mitteilt an all seinen Einrichtungen, zum städtischen Bad, zur städtischen Bibliothek, zur städtischen Galerie, in die städtischen Parks. Sie wäscht sogar seine Wäsche. Hat er Kinder, so sorgt sie, wenn sie die Bürgerkinder verlassen haben, in ihren technischen Instituten, in Fortbildungsschulen, für ihre weitere Erziehung. Entkränkt er an einer angedehnten Krankheit, so schafft sie ihn in ein Hospital, desinfiziert seine Wohnung, seine Möbel, seine Wäsche usw., und gebührt in eigenen Häusern seiner Familie Unterkunft. Stirbt er, so wird er auf dem städtischen Friedhof begraben und die Stadt erdichtet ihm, nach den Anweisungen seiner Hinterbliebenen, ein einfaches Kreuz oder einen Grabstein. Von der Geburt bis zum Tode umhüllt ihn die sorgende Tätigkeit der Stadt, in der er wohnt.

Überall finden sich Ansätze zu immer weiterer Ausdehnung dieser Tätigkeit. Die Stadt Manchester hat sich vor einigen Jahren mit fünf Millionen Pfund Sterling — 100 Millionen Mark! — an der Herstellung eines Kanals beteiligt, der es auch den größten Schiffen ermöglicht, direkt nach Manchester zu fahren. Man errichtet Genesungshäuser, städtische Hotels und Rogierhäuser, besonders solche, die dem Un-

wesen der Schlafurschenhaltung entgegenwirken. Der Londoner Gewerkschaftsrat hat eine freie Dampfstraße über die Themse geschaffen. In anderen Städten (Birmingham usw.) bewirkt die Verwaltung Schanalfälle. Den bei der Gasproduktion gewonnenen Kokes verkaufen die Verwaltungen zu billigen Preisen. Die Lebensnahrung des Kohlenverkaufs, ja der Erwerb und Vertrieb eigener Bergwerke durch die Stadt ist nur noch eine Frage der Zeit.

Vom Regie-Etatsbahnbetrieb geht man mehr und mehr dazu über, Werkstätten für Bau und Reparatur der Wagen und Anfertigung aller der im Staatsbahnbetrieb nötigen Gegenstände zu errichten.

Um das alles und noch viel mehr zu erreichen, sind die englischen Stadtverwaltungen nicht davor zurückgeschreckt, Anleihen in riesiger Höhe aufzunehmen. Aber die Zinsen werden leicht gedeckt durch die Einnahmen der städtischen Unternehmungen, Straßenbahnen, Gas- und Wasserwerke, Elektrizitätswerke usw. Nur ein Uebelstand ist dabei: das fiskalische Prinzip, auf diese Weise auf einer Reduktion der direkten Steuern zu gelangen. Die Uebelstände, die erzielt werden, sind nichts andres als indirekte Steuern, die die Masse der arbeitenden Bevölkerung aufzubringen hat. Aber auch diese munizipale Plusmacherei wird überwunden werden. Einige Städte sind bereits auf dem Wege dazu, alle Betriebsüberschüsse zur Ausgestaltung des Systems, zur Reduktion der Nutzungs- und Lieferungspreise zu verwenden.

So ist England für eine gute Kommunalpolitik Vorbildlich geworden. Die deutschen Gemeinden müssen durch die mit der Macht der Entwicklung verbundene öffentliche Meinung, resp. durch die Reichs- und Staatsgesetzgebung in den Staat gelehrt werden; diesem Beispiele zu folgen. Das erfordert Kampf, unausgesetzten energischen Kampf! Nun zu führen, ist die Sozialdemokratie ihrem Wesen, ihren Prinzipien, ihren Zielen nach in erster Linie berufen. Wie sie bahnbrechend gewesen ist für die Sozialpolitik des Reiches und des Staates, so muß sie auch bahnbrechend werden für die wahrhaft reformatorische Kommunalpolitik. Kräftig wäre es zu begehren, durch entsprechende Einbindung zur Kommunalpolitik könnte die Kraft der Sozialdemokratie, ihre Aktionsfähigkeit und ihre Geschlossenheit Einbuße erleiden. Wir sind überzeugt, daß das Gegenteil der Fall sein wird; die Partei wird neue Kraft, erhöhte Bedeutung und Aktionsfähigkeit gewinnen, und das um so mehr, als unsere Kommunalpolitik durchs unsern Parteiprogramm entspricht, auf das alle Sozialdemokraten im weiten deutschen Reich verpflichtet sind.

Im Reichstage wie in den Landtagen gilt es, eine ganze Reihe der wichtigsten Grundbedingungen einer demokratischen und sozialen Gemeindepolitik zu schaffen. Es gibt für uns keine grundsätzliche Teilung und Sonderung auf dem Gebiete des Kampfes für das Volkrecht und das Volkwohl. Möge der Kampf das Reich, den Staat, die Gemeinde betreffen, es gilt einer großen und guten Sache!

**Politische Umschau.**

Neuer großer Wahlerfolg der Sozialdemokratie. — Weitere Wahlkämpfe. — Schnapsboykott und Bierkrieg. — Die arbeitelosen Fabrikarbeiter und die Unterfertigungsfrage. — Furchtbarer Justizmord in Spanien — ein Werk der Pfafferei.

Kaum haben die reaktionären Gewalten und Parteien sich einigermaßen abgefunden mit dem niederzwingenden Eindruck, den ihnen der große sozialdemokratische Wahlsieg in Meiningen verursacht hat, so trifft sie schon wieder ein harter Schlag. Am 11. Oktober fand im Reichstagswahlkreis Koburg die Ersatzwahl für den verstorbenen nationalliberalen Abgeordneten Quard statt. Auch bei dieser Wahl kam die zugunsten der Sozialdemokratie umgewandelte Stimmung großer Volkstiefe recht deutlich zum Ausdruck. Bei den Wahlen im Jahre 1907 wurden dort für den sozialdemokratischen Kandidaten 4306 Stimmen abgegeben, jetzt ist er mit 6185 Stimmen an die Spitze gelangt, während es der nationalliberale Kandidat auf 3460 und der freisinnige auf 3046 Stimmen brachte. Die bürgerlichen Parteien haben mehr als 2000 Stimmen verloren, die Sozialdemokratie hat nahezu 2000 Stimmen gewonnen.

Nur etwa 360 Stimmen fehlten ihr zum Sieg im ersten Wahlgange. Nun muß eine Stichwahl entscheiden. Die Gegner hegen begründete starke Befürchtung, daß Koburg, eine seitigerige „Hochburg des Liberalismus“, der Sozialdemokratie anheimfällt. Möge sich diese Befürchtung erfüllen!

Nun steht zunächst noch die Reichstagsersatzwahl in Halle an. Der Wahlkampf dort wird außerordentlich heftig werden. Die bürgerlichen Parteien glauben schon, zu einer völligen Einigung auf einen Kandidaten des Freisinn gelangt zu sein, um zu verhindern, daß auch hier Halle wieder, wie schon einmal, die „rote Fahne“ weht. Aber dem freisinnigen Witzmaschankandidaten ist nun doch noch ein Konkurrent entstanden; die extremen Zünfler haben sich einen eigenen Kandidaten auserlesen, unter der Begründung, daß der Freisinn den Handwerkern keine Zugeständnisse mache. Eine besondere Bedeutung ist dieser dritten Kandidatur allerdings nicht zugumessen. Die hallische Sozialdemokratie ist unermüdet, unter Anspannung all ihrer Kräfte, an der Arbeit für den Sieg ihres Kandidaten. Sie wird den letzten Mann an die Räder bringen, während die bürgerlichen Parteien damit rechnen müssen, daß sich viele Wähler aus bürgerlichen Kreisen entweder der Wahl enthalten

oder als Protestler gegen das neue Steuerinittel für den Sozialdemokraten stimmen werden.

Die letzten Wählerfolge der Sozialdemokratie sind natürlich durchaus geeignet; einen mächtig ansehnlichen Einfluß auf die anderwärts im Wahlkampf stehenden Parteien auszuüben. So in Berlin, wo sie die vom Dreiklassenparlament in insamer Weise kassierten sozialdemokratischen Mandate wieder erobert haben; so auch in Sachsen, wo die Arbeiterschaft zum ersten Male das neue Pluralwahlrecht zu erproben hat. Weiter auch in Baden, wo die Landtagsneuwahlen bevorstehen. Die soziale Sozialdemokratie verfügte bis jetzt über zehn Mandate zum Landtage. Es ist begründete Aussicht vorhanden, daß sie, abgesehen von einem gewaltigen Anwachsen ihrer Stimmen, auch noch vier oder fünf Mandate mehr erringen wird.

Es wird immer offensichtlicher, daß sich große Kreise der bürgerlichen Klassen im ganzen Reich mehr und mehr der richtigen Auffassung zuneigen, daß sie vor den bürgerlichen Parteien nichts mehr für die Interessen der ehrlichen Arbeit im Handel, Gewerbe und Landwirtschaft zu erwarten haben, und es deshalb als geboten erachten, der Sozialdemokratie nicht mehr wie bisher direkt feindlich gegenüberzutreten. In der Tat ist die Sozialdemokratie ja auch die einzige Partei, die unentwegt und entschlossen für alle berechtigten Interessen der Industrie, des Gewerbes und der Landwirtschaft eintritt.

Es verdient Beachtung, daß sie und da auch bürgerliche Kreise den Schnapsbottich und den Bierkrieg energisch unterstützen. Die beachtliche Wirkung des Schnapsbottichs zeigt sich schon jetzt, nachdem er kaum vier Wochen geistl werden ist, in einer den Fäulnisproduzenten schärf als die Nieren gebenden Weise. Es ist festzustellen, daß der Branntweinabsatz im Großhandel schon eine ganz erhebliche Einschränkung erfahren hat. Auch die Brauer und die Wirte, die nicht ablassen wollen von ihrer unberechtigten, teilweise geradezu wucherischen Erhöhung der Bierpreise werden durch starken Rückgang ihres Absatzes darüber belehrt, daß die Arbeiterschaft nicht länger gewillt ist, sich jeglicher Ausbeutungsapparats zu unterwerfen.

Im Tabakgewerbe greift die Arbeitslosigkeit noch immer weiter um sich; die Unterstützungsforderung hat aber ihre so dringende notwendige Regelung noch nicht erfahren. Die beiden Reichsverbände der Tabakarbeiterverbände erreichten im Auftrag ihrer Verbände eine Audienz beim Reichsjustizsekretär. Sie ersuchten diesen um beschleunigte Erledigung der eingereichten Unterstützungsforderung der durch die neue Tabaksteuer geschädigten Tabakarbeiter. Der Reichsjustizsekretär versprach, diesem Ersuchen Rechnung tragen zu wollen. Zur weiteren Erörterung der Unterstützungsforderung wurde eine Konferenz angelegt. Uebrigens finden gegenwärtig im Auftrage des Reichsjustizsekretärs in allen Einzelstaaten, in denen die Tabakindustrie einen größeren Umfang aufweist, Erhebungen über die in der Tabakindustrie in letzter Zeit eingetretenen Arbeiterentlassungen, Lohnverminderungen oder Verkürzungen der Arbeitszeit statt.

Das Interesse der ganzen Kulturwelt richtete sich seit dem Anfang der verflochtenen Woche in außerordentlichem Maße auf einen unerhörten schrecklichen Justizmord, der in Spanien auf Betreiben der Pfaffen verübt worden ist. Die Konturrevolution hat dort ja schon einige Monate hindurch ihre blutigen Organe gefeiert. Hunderte von Menschenleben sind der reaktionären Gewalt, die frech genug ist, für sich „göttliche Autorität“ in Anspruch zu nehmen, zum Opfer gefallen. Nun ist die blutdürstige „Ordnungs“-Bestie nicht davor zurückgeschreckt, ihr schändliches Treiben durch einen Akt ganz besonderer Wurdlosigkeit zu krönen. Sie hat, den totemadävischen Mutinstinkten des Pfaffentums folgend, einen hervorragenden Mann der Wissenschaft, einen lauterer Apostel der Freiheit und Humanität, Francesco Ferrer, des „Hochverrats“ angeklagt, ihn nach kurzer kriegsgerichtlicher Verhandlung für „schuldig“ befunden, und ihn durch eine zum Kadavergehörsam gezwungene Soldateska gleich darauf erschießen lassen. Dieses ganze Schauspiel von gewaltiger Tragik spielte sich binnen wenigen Tagen ab.

Man beschuldigte Ferrer, den Aufstand mit organisiert und geleitet, zur Revolution angezettelt zu haben. Die Wahrheit ist, daß er sich seit zwei Jahrzehnten des „Verbrechens“ schuldig gemacht hat, den Klerikalismus, die Herrschaft der Pfafferei durch Wülflichkeit zu bekämpfen, die Lehren der Humanität, der Freiheit und Gerechtigkeit im Volke zu verbreiten, die Schule zu reformieren usw. Schon als junger Mensch wurde er, seiner antikerischen und republikanischen Ansichten wegen, aus Spanien fliehen. Er kehrte aber nicht zurück als ein „Gehelfer“; sofort nahm er den Kampf wieder auf. Natürlich zog er sich den grimmigsten Haß der Kirchenmänner und der ihnen verbündeten reaktionären Staatsgewalten zu. Nun endlich ist es der von „Gott eingeleiteten Obrigkeit“ gelungen, ihr Nachbedürfnis an dem edlen Mann zu stillen, ihn zu vernichten.

Fälle dieser Art sind ja schon oft dagewesen; immer hat sich die Pfafferei des weltlichen Genfers bebient, um die Verkünder der Vernunft und der Freiheit zu vernichten. Aber die Ermordung Ferrers empört nun in ganz besonders hohem Grade das Gewissen aller Kulturvölker. Dieser feige, ruchlose Mord wird in allen Ländern empfunden als ein teuflisches Attentat auf die Humanität und die moderne Wissenschaft, deren hervorragender Vertreter Ferrer war. Die Wortführer in Militäruniform drückten ihrem Verbrechen dadurch noch einen besonderen Stempel auf, daß sie nicht einmal den Schein, nicht einmal die Form des Rechtes beobachteten; ihr Opfer hätte durch von ihm benannte Zeugen beweisen können, daß er an den Umständen völlig unbeteiligt war, aber seine „Mörder“ ließen auch nicht eine einzige Zeugenvernehmung zu! Auf Befehl des allen Rechtes und aller Geseze spottenden Ministerpräsidenten Maura verurteilten sie ihn zum Tode. Und nicht genug damit, nahmen die Götzer Maura auch noch nach Schluß des Prozesses Ferrers Verteiliger, den Hauptmann Don Francisco Galceran, in Haft, weil er es mit der Verteidigung ernst und ehlich nahm und den Mut hatte, die Wahrheit zu sagen.

Am Morgen des 13. Oktober wurde das Urteil an Ferrer vollstreckt. Er starb, seines Lebens und der von ihm verfolgten großen und guten Sache würdig, wie ein Held. Gefaßt und ruhig schritt er zum Tode. Man hatte ihn noch den Hofn gebeten, ihm geistlichen Beistand anzubieten. Er wies diesen Beistand zurück. Der Aufforderung, niederzuknien, weigerte er sich nachzukommen; stehend empfing er die Kugeln, die seinem Leben ein Ende machten.

Ein Schrei der Empörung ob dieser Schandtat geht durch die ganze Welt. In allen Ländern fanden Kundgebungen entsetzter Massen statt. Es kam zu imposanten Demonstrationen gegen die spanische Regierung und die Pfaffenwirtschaft, so insbesondere in Paris unter Anführung des sozialistischen Abgeordneten Jaurès; hier gab es Blutvergießen, weil die Polizei zum Schutze der spanischen Gesandtschaft, wofür sich der Demonstrationzug begab, aufgestellt war. Auch in Italien nahmen die Kundgebungen zu Ehren Ferrers und gegen das Pfaffenum große Dimensionen an. In Deutschland sind noch Massenunterstützungen von Seiten der Sozialdemokratie zu erwarten. Auch die Gruppe der Demokratischen Vereinigung hat bereits an das öffentliche Gewissen appelliert. Natürlich hat auch das spanische Volk eine gewaltige Bewegung ergriffen. Man darf überzeugt sein, daß dieses solange auf das schamloseste mißhandelte und unterdrückte Volk den Tod Ferrers mit ganzem herrschenden System rächen wird. Wenn es dann kein Erbarmen kennt mit den Mördern dieses Mannes, wer wird sich darüber wundern können? Und diese Mörder sind ja nicht nur einzelne, nein — es ist eine gegen Recht und Freiheit des Volkes verschworene Bande von Pfaffen und Staatsgewaltigen. Diese Bande wird erleben, daß das alte Wort wahr bleibt: Märtyrerblut ist der Same der Freiheit!

### Maurerbewegung.

#### Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Mauern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

#### Deutschland:

- Maurer:**
- Schleswig-Holstein:**
- Enin** (Sperrt über den Bau des Wasserturms, Firma Liebold & Co.), **Oldesloe** (Sperrt über Meyer aus Segeberg);
- Brandenburg:**
- Bad Schönlitz** (Aussperrung), **Fürstenwalde** (Sperrt über Pätel und Uttikal und Drohung mit der allgemeinen Aussperrung), **Niedorf** i. d. M. (Sperrt über August-Klose), **Königswusterhausen** (Sperrt über Görzdorf aus Beeskow);
- Pommern:**
- Swinemünde** (Sperrt über den Kirchenbau in Ostswine), **Greifenhagen** (Massregelung bei Beermann), **Treptow a. d. Rega** (Sperrt über Paul Witke), **Stettin** (Differenzen bei der Zementbaufirma „Comet“), **Stralsund** (Sperrt über den Stettiner Unternehmer le Couve), **Colberg** (Sperrt über Jakobson, Neubau Elektrizitätswerk);
- Ost- und Westpreussen, Posen:**
- Marienwerder** (Sperrt über Sternberg aus Freystadt), **Goldap** (Sperrt über Schmollong aus Darkehmen);
- Königr. Sachsen:**
- Leipzig** (Sperrt über Winkler, Steinstrasse), **Borsdorf** (gesperrt sind die Bauten der Unternehmer Wilhelm in Borsdorf und Hanke in Panitsch für das Borsdorfer Lohngebiet), **Zittau** (Sperrt über Hünke in Weigsdorf), **Oberzierdorf** (Sperrt über den Unternehmer Clemens), **Oderwitz** (Sperrt über die Bauten des Unternehmers Krüsing), **Neustadt** (Sperrt über Anton in Langbursdorf), **Dresden** (Sperrt über Symank), **Aue** (Sperrt über Lein), **Frankenberg** (Sperrt über Schulze);

#### Provinz Sachsen und Anhalt:

- Halle** (Sperrt über Iffland in Passendorf);
- Sachsen:**
- Landeshut** (Streik);
- Thüringen:**
- Tambach** (Streik), **Arnsdorf** (Sperrt über O. Grossler);
- Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Bremen:**
- Badbergen, Lingen, Walsrode, Neuhaus a. d. E.** (Streiks), **Nordenham** (Sperrt über die Bauten des Metallwerks), **Bremen** (Sperrt über Müller in der Erlenstrasse und über Kiefer aus Duisburg, Bau in Oslebshausen), **Buxtehude** (Sperrt über Plieschke und Spark);
- Westfalen und Rheinland:**
- Viersen** (Streik), **Düsseldorf** (Streik in Rüttingen), **Aprath** (Sperrt über den Bau der Lungonheilanstalt), **Minden** (Sperrt über Amann in Oberkircheln und Wischmeyer in Ketzhausen);
- Hessen-Waldeck:**
- Büttelborn** (Sperrt über Kuhlmann und Kraus), **Darmstadt-Reinheim** und **Ueberau** (Sperrt über Gg. Ph. Petri IV), **Frankfurt a. M.** (Sperrt über Harzberger in Bonames), **Alsey** (Sperrt über Franz Schmitt);
- Bayern:**
- Rohau** (Streik);
- Baden-Pfalz, Elsass-Lothringen:**
- Zabern-Lützelburg** (Sperrt über Holzmann & Co., Tunnelbau), **Metz** (Sperrt über Couder);
- Fleisenleger:**
- Cöln und Düsseldorf** (Sperrt über die Arbeiten des Zwischenmeisters Kurlbaum aus Bonn), **Coblenz** (Sperrt über Caspari);
- Isolierer und Steinholzleger:**
- Leipzig** (Sperrt über die Firma Friedrich Wilhelm Krause, Moltkestr. 28), **Berlin** (Sperrt über die Filialen der Duramentwerke, Inhaber Naumann-Dessau, Filiale der Gesellschaft Fama, Hannoverische Steinholzfabrik), **Chemnitz** (Sperrt über die Firma Ziegner & Fritsche), **Bremen** (Sperrt über die Filiale der Firma Rheinhold & Co.);
- Schweiz:**
- Winterthur** (Streik);
- Norwegen:**
- Kristiania** (für Backofenmaurer gesperrt).

Ueber den Arbeitsnachweis der Unternehmer in Jena haben unsere dortigen Kollegen den Vorkauf verhängt.

#### Gau Frankfurt a. M.

Aus Mainz wird uns geschrieben: Die am 22. September beschlossene Sperrt über die Bahnhofsbauteil des Unternehmers Franz Schmitt in Mainz dauert unverändert fort. Die Ursache dieses Beschlusses war, daß der Unternehmer Schmitt eine Anzahl Kollegen systematisch maßregelte, indem er erklärte, seine Arbeiter Maurer einstellen zu wollen. Ferner hat Schmitt 3 1/2 weniger Stundenlohn gezahlt als die andern Unternehmer. Alle Versuche, den Unternehmer von seinem Vorhaben abzubringen, scheiterten. Darauf forderten unsere Kollegen eine Lohnerhöhung von 3 1/2, und zwar von 40 auf 43 1/2 für Maurer und von 32 auf 35 1/2 für Bauhilfsarbeiter. Der Kampf wird auf beiden Seiten sehr heftig geführt. Schmitt macht große Anstrengungen, Maurer aus der Umgebung von Mainz anzuwerben; auch mit Unternehmern versucht er Scheinverträge abzuschließen, um seine Bauten fertig zu bekommen. Diese Pläne wurden aber durch die Wachsamkeit unserer Kollegen jedesmal vereitelt. Auch die Bahnverwaltung Alzey ist Schmitt beihilflich, indem sie Rottenarbeiter nach den Bahnhofsbesitzern abkommandiert, um sie Streikbrecherdienste leisten zu lassen. Die Arbeiter haben es aber abgelehnt, Streikbrecherarbeiten auszuführen. Am 12. Oktober lud der Bürgermeister von Mainz, Dr. Sutor, die Streikleitung und den Unternehmer Schmitt auf die Bürgermeisterei. Die Streikleitung trug ihr Anliegen in sachlicher Weise vor und erklärte, alles versucht zu haben, um den Streik zu vermeiden. Durch die Halsstarrigkeit des Unternehmers Schmitt sei es doch so weit gekommen. Sie sei auch jetzt noch bereit, die Sache unter Mitwirkung des Bürgermeisters zu regeln. Der Unternehmer Schmitt erklärte aber, er ließe sich auf nichts ein, er bezahle was er wolle. Als Bürgermeister Sutor sich bemühte, den Unternehmer zur Nachgiebigkeit zu veranlassen, machte dieser die Türe auf und sagte „adieu“, ohne das Ende der Verhandlungen abzuwarten. Er hat sich durch sein Benehmen selbst gerichtet, und unsere Kollegen werden schon dafür sorgen, daß seine Bäume nicht in den Himmel wachsen.

#### Gau Nürnberg.

In Regensburg, so wird uns von dort geschrieben, bestanden schon seit längerer Zeit Differenzen wegen Auslegung des § 2 des Tarifvertrags. Da auch in einer Schlichtungskommissionstung keine Einigung erzielt wurde, wurde das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen. Die Verhandlungen, die am 1. Oktober stattfanden, brachten folgenden Schiedspruch: „Die sämtlichen Arbeiten nach § 2 des im Baugewerbe abgeschlossenen Tarifvertrags vom 8. Juli 1909 zu ihren bisherigen Lohn zu gewöhnliche Zulage von mindestens 2 1/2 pro Stunde bezieht sich nur auf die beim Inkrastiveten des Tarifs bestehenden Arbeitsverhältnisse. Es soll jedoch beim Wechsel des Arbeitsverhältnisses daran festgehalten werden, bei gleicher Arbeitsleistung unter gleichen Verhältnissen und ohne besondere Ausnahmsregeln, den durch die Zulage erhöhten Lohn fortzuzugewähren.“ Bei der Begründung dieses einstimmig gefällten Schiedspruchs führte der Vorsitzende, Richter Dr. Wild, aus, den Arbeiter würde ein klares Recht nicht zu, weil bei Abschluß des Vertrages die Unternehmer es ab-





die Sonderbündel, insbesondere die „Koch-genossen“ Beher, Jentsch, Raumann, Frenig und Weisner in geeigneter Weise auf das Bestreben ihrer Handlungsweise aufmerksam machen. — Der Arbeitsnachweis der Sektion befindet sich im Volkshaus (Zentralverband der Maurer, Telephon Nr. 5872). Die Versammlungen finden jeden ersten Mittwoch im Monat statt.

Ueber die Verhältnisse in Mailand schreibt uns ein aus Italien zurückgekehrter Kollege: Da es öfter vorkommt, daß Kollegen aus allen Teilen Deutschlands bei der Filiale Schmid in Mailand um Arbeit anfragen, wird es gut sein, wenn über die dortigen Verhältnisse etwas Aufklärung verbreitet wird. Vielleicht wird dadurch mancher Kollege vor unangenehmen Enttäuschungen bewahrt. Die Gelegenheiten, in einem fremden Lande zu arbeiten und fremde Sitten und Gebräuche kennen zu lernen, ist ja für manchen Kollegen recht verlockend; aber vielfach wird es nicht die Meistlust sein, die bei den Kollegen die Sehnsucht nach Italien weckt, sondern die Not wird bei manchen Kollegen den Wunsch rege machen, nach langer Arbeitslosigkeit in Italien finanzielle Erholung zu suchen. Aber das ist dort für die meisten Kollegen nicht möglich. Erstens ist die Lebensweise für einen Deutschen in Mailand sehr teuer, und zweitens werden die deutschen Kollegen von Unternehmer Schmid nur so lange beschäftigt, bis seine dringenden Arbeiten fertig sind. Dann bleiben den Kollegen nichts weiter übrig, als nach Deutschland zurückzukehren. Gaben sich nun die Kollegen nicht vor der Abreise nach Italien schriftlich die Begabung der Rückreise gesichert, so müssen sie die Rückfahrt noch obendrein selbst bezahlen. Leider wird dies von den Kollegen in der Regel vergessen. Aber selbst Kollegen, die sich gesichert hatten, mußten erst den Klagenweg beschreiten, um zu ihrem Rechte zu gelangen. Das Arbeitsverhältnis und leider auch das Verhalten der Kollegen zueinander ist nichts weniger als ideal. Der Unternehmer hat sich von den Regern zwei als „Lieblinge“ erlesen und sie zu seinen Werkzeugen gemacht. Es sind dies die Friesenleger P. Göhne und Martin. Diese Leute haben nur das Interesse des Unternehmers vor Augen, während die Interessen ihrer Kollegen mit Füßen treten, was sie deshalb mit besonderer Eifer tun, weil jeder glaubt, dadurch einen Werkmeisterposten ergattern zu können. Martin insbesondere nimmt sich jetzt schon heraus, den Werkmeister zu spielen. Er, der viele Jahre untrübe Organisation angehört, bekommt es fertig, die Kollegen bei der Arbeit anzutreiben und sie in einem Ton zu schulmeistern, wie es sich selbst der Unternehmer nicht erlaubt. Er ist auch der Berichterstatter der Firma Schmid, der es als edle Handlungsweise betrachtet, seine Kollegen zu betrügen. Leider wird er in seinem Treiben von zwei andern deutschen Regern, Hohenhardt und Müller, unterstützt. — Die Arbeitszeit beträgt jetzt noch zehn Stunden. Ein Versuch, einen Tarif mit Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes aufzulegen zu bringen, ist unter den obwaltenden Umständen gescheitert. Es wird nun an den italienischen Kollegen liegen, das zu erzwingen, was den benachteiligten deutschen Kollegen nicht gelang. Wenn sie einig sind und sich nicht mit wiederholenden Worten abspinnen lassen, dürfte ihnen dies nicht allzu schwer werden. Paul Schöne.

**Hollerer und Steinholzleger.**

**Hannover.** Am 3. Oktober fand hier eine Versammlung der Hollerer und Steinholzleger statt, die sich mit der Regelung der Arbeitsvermittlung durch unsere Nachbarn beschäftigte. Danach sollen in Zukunft nur die Kollegen der Reihe nach eingetragen werden und als arbeitslos gelten, die dem Arbeitsvermittler ihre Invidentkarte und ihr Krantenatlasbuch vorzeigen können. Sind keine Arbeitsstellen am Orte, so ist der Vorliegende oder der jeweilige Arbeitsvermittler verpflichtet, sich zunächst bei weiterem Bedarf an Hollerern oder Steinholzlegern an den Zentralarbeitsnachweis zu wenden. Auswärtige Arbeitskräfte dürfen nur durch den Zentralnachweis in Berlin herangezogen werden. Ein Antrag des außerhalb unserer Organisation stehenden Kollegen Gerlach auf Anschluß an die Maurer, wo er Mitglied ist, wurde zurückgewiesen, da diese Frage sowie auf unserer nächsten Konferenz verhandelt wird. Wenn dieselbe aber bisher noch nicht in obigem Sinne entschieden ist, dann ist es nicht zum wenigsten die Schuld der hiesigen Kollegen, weil sie im Jahre 1908 außer der Reihe tanzten. Ferner wurde beschlossen: Bis zur nächsten Versammlung sind alle Mitgliedsbücher beim Vorstand abzugeben. Die Versammlungen finden jeden ersten Sonnabend im Monat statt.

**Leipzig.** Am 17. Oktober hielten die Leipziger Hollerer ihre Versammlung ab. Der Kassierer gab den Kasfenbericht und wurde entlastet, da die Revisionen der Kasse in Ordnung gefunden hatten. Zu dem den Berliner Kollegen von den Unternehmern vorgelegten Affordatarij wurde einstimmig folgende Resolution angenommen: „Die Leipziger Hollerer nehmen Kenntnis von dem Affordatarij, der den Berliner Kollegen von den dortigen Unternehmern aufgezogen werden soll. Die Leipziger Hollerer sprechen dem Ausarbeiter dieses Tarifes jedes Sachverständnis ab und erwarten von den Berliner Kollegen, daß sie überhaupt nicht auf Affordatarij eingehen, da die Eigenart unsres Berufes eine schematische Sittlichkeit nicht zuläßt. Die Leipziger Hollerer sichern den Berliner Kollegen die weitgehendste moralische und finanzielle Unterstützung zu und erwarten von allen unser Organisation angehörenden Zahlstellen, daß sie diese Resolution zu der ihrigen machen.“ Nach Erledigung einiger weiterer Angelegenheiten fand Schluß der Versammlung statt.

**Der christliche Bauhandwerkerverband im ersten Halbjahr 1909.**

In Nr. 40 der „Baugewerkschaft“ veröffentlicht der christliche Verband seine Abrechnung für das erste Halbjahr 1909. Die Abrechnung zeigt, wie die „Baugewerkschaft“ selbst sagt, kein günstiges Resultat und bleibt gegenüber dem ersten

Halbjahr 1908 erheblich zurück. Unschönend hat einen Teil der Mitglieder eine behauerliche Interesslosigkeit gegenüber der Organisation ergriffen, heißt es begründend. Die Zahl der Mitglieder, die im ersten Halbjahr 1908 noch 87 701 betrug, war bis zum Schluß des ersten Halbjahres 1909 auf 84 851, also um 2860 oder rund 7 1/2 pSt. gesunken. Davon sind 947 zum christlichen Keramarbeiterverband übergetreten. Der Verlust vom Schluß des ersten Halbjahres 1907 beträgt 7269 oder rund 17 1/2 pSt. Die wirtschaftliche Krisis hat also die christliche Organisation in recht schlimmer Weise mitgenommen.

Der Mitgliederverlust ist aber nicht in allen Bezirken gleichmäßig. In einigen Bezirken ist die Mitgliederzahl sogar noch gestiegen:

In Breslau .... um 454 (von 642 auf 1096)  
„ Hannover ..... „ 24 ( „ 8225 „ 8249)  
„ Kattowib ..... „ 183 ( „ 1053 „ 1186)  
„ Königberg ..... „ 98 ( „ 1628 „ 1726)  
„ Wländen ..... „ 71 ( „ 811 „ 882)

Die Mitgliederzahl stieg also in diesen fünf Bezirken insgesamt um 780 (von 7859 auf 8139).

In allen andern Bezirken ist die Mitgliederzahl gefallen:

In Berlin ..... um 27 (von 866 auf 839)  
„ Bochum ..... „ 512 ( „ 10765 „ 10253)  
„ Danzig ..... „ 402 ( „ 1199 „ 797)  
„ Frankfurt a. M. „ 856 ( „ 2120 „ 1264)  
„ Karlstraße ..... „ 144 ( „ 1120 „ 976)  
„ Köln ..... „ 372 ( „ 5061 „ 4689)  
„ Münster ..... „ 200 ( „ 2820 „ 2620)  
„ Nürnberg ..... „ 557 ( „ 1340 „ 783)  
„ Paderborn ..... „ 209 ( „ 2024 „ 1815)  
„ Posen ..... „ 6 ( „ 1463 „ 1457)  
„ Saarbrücken ..... „ 836 ( „ 1429 „ 1093)

Das ist in elf Bezirken ein Mitgliederrückgang um 3621 (von 30 197 auf 26 576). Als Einzugszahler sind 136 Mitglieder angegeben.

Die Einnahmen in den Verwaltungsstellen betrug im ersten Halbjahr 1909 M. 253 512,08 gegen M. 299 160,09 im ersten Halbjahr 1908. Sie war demnach gegen das Vorjahr um M. 45 648,01 niedriger. Die Eintrittsgebühren fielen um M. 4318 auf M. 4421,50; dagegen fielen die wöchentlichen Beiträge um M. 27 131,15, und zwar um M. 249 496,90 auf M. 222 288,75. Die Agitations- und Lokalfondsbeiträge gingen gegen das Vorjahr um M. 6377,90 zurück, und zwar um M. 27 650,05 auf M. 21 972,75. Die lokalen Ausgaben fielen um M. 8721,59, von M. 87 831,49 auf M. 84 109,90.

Die Einnahmen in der Hauptkasse gingen von M. 218 423,89 im ersten Halbjahr 1908 auf M. 180 138,81 im ersten Halbjahr 1909 zurück. Das ist ein Anfall von M. 38 287,08. Die Ausgabe der Hauptkasse betrug M. 152 096,57 gegen M. 189 835,61 im Vorjahr. Dies ist gegen das Vorjahr weniger M. 37 439,04. Im einzelnen stellen sich die Ausgaben wie folgt:

Für Agitation ..... M. 52787,20  
An Rechtschutz ..... „ 975,58  
„ Kranterunterstützung ..... „ 11468,05  
„ Wohnbewegungen und Streiks in den Verwaltungsstellen ..... „ 29208,19  
„ Wohnbewegungen und Streiks in der Zentralstelle ..... „ 5377,84  
„ Maßregelungsunterstützung ..... „ 821,50  
„ Verwaltung ..... „ 19761,29  
„ Verbandsorgan ..... „ 26072,92  
Summa ..... M. 152096,57

Der Kasfenbestand in der Hauptkasse beträgt M. 482 401,60, das Barvermögen M. 602 999,63, gegen M. 464 361,86 und M. 588 089,71 am Schluß des Jahres 1908.

Die Zahl der Verwaltungsstellen ist von 312 auf 283, also um 29 gesunken. Von diesen haben sich elf aufgelöst, sechs haben sich mit andern Zweigvereinen zusammengeschlossen und zwölf Steinarbeitergruppen haben sich dem Keramarbeiterverband angeschlossen.

Daß die Mitgliederzahl des christlichen Verbandes am Schluß des zweiten Quartals gegen die vom gleichen Quartal des vorausgehenden Jahres zurückbleibt, ist nicht weiter verwunderlich, sondern eine Erscheinung, die sich bei allen baugewerblichen Verbänden wiederholt. Ganz ungewöhnlich ist es aber, daß sie sogar gegen den Stand vom 31. Dezember der 1908 zurückbleibt. Damals betrug sie laut Abrechnung in Nr. 16 der „Baugewerkschaft“ 86 074, am 30. Juni d. J. dagegen 84 851, also 1221 weniger. Man muß dieser Erscheinung entgegenhalten, daß unser Verband seine Mitgliederzahl in der gleichen Zeit um reichlich 14 000 steigerte, daß der Verband der Zimmerer wie der Bauhilfsarbeiterverband ebenfalls erfreulich beträchtliche Zunahmen hatten, die mit unsern zusammen wohl einen Zuwachs von 25 000 ausmachten. Der christliche Verband hat also einen Rückgang von 1221 und die ihm entsprechenden sozialdemokratischen Bauarbeiterverbände einen Zuwachs von rund 25 000 Mitgliedern! Das ist ein ganz außerordentlich wichtiges Phänomen. Das Frühjahr dieses Jahres zeichnete sich besonders durch eine stöte Bautätigkeit aus. Abgesehen von einzelnen Gebieten Südbwestdeutschlands und von Groß-Berlin, war fast überall aus-reichende Arbeitsgelegenheit, im scharfen Gegensatz zu der gleichen Zeit des Jahres 1908. Und trotz dieser guten Arbeitsgelegenheit, die uns eine starke Steigerung der Mitgliederzahl brachte, gelang es dem christlichen Verbands nicht einmal, die rückläufige Bewegung seiner Mitgliederzahl aufzuhalten, geschweige denn, Fortschritte zu erzielen. Das verdient die allerernste Beachtung der gewerkschaftlichen Kreise. Die Christlichen haben über den Scheitern dieses Gebühns, als er behauptete, ihre Gewerkschaften würden sich in der Krisenzeit weniger widerstandsfähig als die sozialdemokratischen Gewerkschaften erweisen; ihr Rekrutierungsgebiet würde sich bald erschöpfen und sie würden sich dazu verurteilt sein, eine Widerwert in der Gewerkschaftsbewegung zu bleiben. Was hatten die Christlichen für große Hoffnungen im Saek! Aber was sagen sie nun? Es ist für uns höchst erfreulich, zu sehen, daß den christlichen Sonderorganisationen enge Grenzen gezogen sind, trotzdem wir anerkennen, daß ihnen in der Erweckung der Arbeiterchaft zur solidarisichen Selbsthilfe bestimmte Aufgaben zufallen, deren Erfüllung letzten Endes eine Förderung der allgemeinen Arbeiterbewegung darstellt. Aber je eher sie sich darin

erschöpfen haben, um so besser ist es für uns. Das Rechnungsergebnis des christlichen Verbandes zeigt, daß sich die Periode des Aufstiegs der christlichen Gewerkschaften ihrem Ende nähert, wenigstens im Baugewerbe.

**„Wieder einmal die Italiener.“**

Den unter dieser Überschrift in Nr. 38 des „Grundstein“ enthaltenen Artikel betreffend die auch das Organ der Generalcommission der italienischen Gewerkschaften, „La Confederazione del lavoro“, in seiner Ausgabe vom 9. Oktober. Das Blatt bemerkt dazu: „Abgesehen von der Behauptung, daß der Charakter der lateinischen Massen nun einmal jeder Disziplin abhold ist,“ ist der Beweis gerade, und wir, die wir keine falschen Rücksichten zu nehmen haben, haben ihn wiedergegeben, wie wir jede andre solche Behauptung wiedergeben würden. Es wäre einfach lächerlich, wollten wir gegen den Protektionismus der amerikanischen Sympathie oder gegen die Strenge der deutschen Gewerkschaften schimpfen, wenn die Gewissenlosigkeit — wenn man es nicht anders nennen will — eines Teiles der italienischen Arbeiter die geringsten Schandtatzen bereizigen würde. Wer die Fiktionen der Solidarität nicht fähig, der ist weder Italiener, noch Amerikaner, noch Deutscher: er ist ein Feind der Arbeiterchaft; er gehört zum sozialen Ausruf und muß als solcher behandelt werden.“

**Internationale Maurerbewegung.**

**Rußland.**

Durch den einmütigen Zusammenhalt der Maurer in W a r s h a u wurde kürzlich der Versuch der Unternehmer, durch eine Aussperrung großen Stils den Maurern den Achtundtags wieder zu entreißen, glänzend zurückgeschlagen. Nach dem großen politischen Demonstrationstreffen des Jahres 1905 weiterten sich die Warschauer Maurer konsequent, länger als acht Stunden täglich zu arbeiten. Im Juli 1908 kam dann eine Abmachung zustande, bei der die Bauunternehmer sich mit dem Achtundtags einverstanden erklärten, wobei unter Abschaffung der früher üblichen Tage- und Abfordlöhne ein Stundenlohn von 25 bis 35 Kopfen (50 bis 70 z) vereinbart wurde. Gleichzeitig wurden die Rechte der Poliere, die bis dahin auf den Bauten unumschränkte Gebiete waren, wesentlich eingeschränkt. Wenn früher die Poliere nur solche Arbeiter einstellen, die sie einkaufen, wenn sie willkürliche Lohnabzüge machten, die Lohnlisten fälschten, den Lohn in Wirtschaften ausgaben, deren Wirte ihnen trübsüchtig waren, wenn das infamste Trudhthum im Schwunge war, wenn die Antreiber durch Prämien und Schnaps veranlaßt wurden, die übrigen Maurer zu einem rasenden Arbeitstempo zu zwingen, so hörte dies nun alles auf, indem die Maurer verlangten, daß sie bei der Einstellung ihrer Kollegen mitzubestimmen haben. Die Bautätigkeit blieb dann sehr minimal, nur die dringenden Bauten wurden ausgeführt. Grund war wohl die wirtschaftliche Krise einerseits und die Entvölkerung der Stadt andererseits. Während der Jahre 1906 und 1907 ging die Bevölkerung stark zurück; denn die Bourgeoisie verließ in Scharen die Stadt und flüchtete vor der Revolution ins Ausland, die Arbeiter wanderten ab, weil große Arbeitslosigkeit herrschte, und viele Laufende wurden in die Gefängnisse und in die Verbannung geschickt. Es standen also viele Wohnungen leer, und die Luft zum Wauen war gering. Ueberdies schloß es auch an Kapital; denn der Kredit war während der Revolutionsjahre gesunken. Die Unternehmer hofften nun, leicht Maurer zu finden, die zu ungünstigeren Bedingungen arbeiten würden; denn die Zahl der Arbeitslosen war groß, und außerdem hatte die Polizei gründlich mit den Organisationen aufgeräumt. Die Führer waren verhaftet, die geheimen Organisationen zerstört, die Kasfen konfisziert. Aber trotz des furchtbaren Elends, trotz des Mangels an festgesetzten Organisationen blieben die Maurer fest. Sie wollten schließlich in eine Reduktion des Lohnes auf 25 bis 30 Kopfen, weiterten sich aber standhaft, auch nur achtundhalb Stunden zu arbeiten. Im Sommer dieses Jahres begann eine planmäßige Kampagne der Unternehmer, eine Art Ostruktion; man stellte so wenig Maurer wie möglich ein, um das Meer der Arbeitslosen noch künstlich zu vergrößern. Es half nichts; die Maurer wanderten zum Teil in die Probingschilde, wo sie sich bereit erklärten, neun Stunden zu arbeiten; zum Teil halfen sie sich damit, daß sie wechselweise arbeiteten; jeder war verpflichtet, einen oder zwei Tage in der Woche einem arbeitslosen Kollegen seine Arbeitsstelle abzutreten. Am 16. August hielten dann die Unternehmer zu einem großen Schläge aus. Die Maurer wurden ausgeperrt, und es wurde ihnen erklärt, daß sie nur anfangen dürften, wenn sie neun Stunden arbeiten wollten. Aber das isther Unglaubliche geschah; die Arbeit ruhte, und unter den vielen Hunderten hungriger und verdurstender Leute fand sich nicht ein Wühler, die die Solidarität gebrochen hätten! Ein kleiner legaler Verband war bestehen geblieben, ein sogenannter „nationaler“, auf den die Unternehmer ihre Hoffnung setzten; aber auch er brach zusammen und erklärte: unter keinen Umständen würden seine Mitglieder länger als acht Stunden arbeiten. Der Vorstand des Vereins wurde verhaftet; aber die Maurer blieben fest. Ihre Argumentation ist einfach und klar: „weil große Arbeitslosigkeit herrscht, halten wir am Achtundtags fest, damit möglichst viele Maurer Arbeit finden; würden wir in diesem Punkte nachgeben, so wären alle schwer erkämpften Zugeständnisse verloren; deshalb läßt sich über alles reden, nur über die Preisgabe des Achtundtags nicht.“ — An dem Solidaritätsgefühl der Arbeiter zerfiel die Uebermut der Unternehmer. Schon nach einer Woche gab ein Teil von ihnen nach, weil sie die Konzentration nicht berirken wollten; die Arbeit wurde aufgenommen. Bald war die Ausperrung auf der ganzen Linie gebrochen; der Sieg der Arbeiter ist vollständig.

# Zentralfrankenkasse.

(„Grundstein zur Einigkeit“)

## Bekanntmachung.

Der von der am 4. Juni d. J. stattgefundenen Generalversammlung beschlossene Nachtrag III zum Statut ist vom Verlagsbuchhändler in Schleswig genehmigt und tritt gemäß dem Beschlusse der Generalversammlung sofort in Kraft.

An die örtlichen Verwaltungen wurden am 16. Oktober Anweisungskopie, einige Exemplare des Nachtrags III sowie neue Beitrittserklärungen als Drucksache übersandt. Sofern in einer Verwaltungsstelle das Material nicht angekommen sein sollte, ersuchen wir um sofortige Nachricht.

### Der Vorstand.

S. A. W. Th e m a r, Vorsitzender.

St. der Woche vom 10. bis 16. Oktober sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Hamburg M. 1000, Weisk 565, Annaburg 460, Solzow 426,79, Heilbronn 500, Nachorf 400, Schwiner i. Mtlg. 400, Garburg 400, Webel 360, Bernau 400, Kirch-Steinbeck 300, Friedrichshagen 300, Niesleben 300, Frankfurt a. M. 300, Bergedorf 300, Rudolfsstadt 300, Lohm 300, Göttingen 300, Wilhelmshagen 250, Mittenwalde 250, Waldorf 250, Hefenberg 250, Wittenberge 226,87, Gagen i. Weisk 200, Dahlenburg 200, Würgstadt 200, Ringelheim 70, Raff 80, Böhmi a. M. 50, Wilsleben 200, Rathenow 200, Halle 200, Eggersdorf 200, Jordan Paradies 200, Dörfelhof 200, Soadimshof 150, Nörberode 150, Rosslin 150, Königsherg i. Br. 150, Tzale a. Harz 150, Gräfentonna 120, Wilsnack 145,21, Nengerich 120, Langensula 100, Groß-Wöden 100, Groß-Wartenberg 100, Gorkast 100, Ratstrube i. Wader 100, Siebelskunn 100, Grefeld 100, Wichen 100, Danig 100, Stadenhagen 100, Bobelzig 100, Giltrow 100, Deutsch-Sija 100, Rawisch 100, Gärze 50, Kernberg 50, Friefeld 50, Alt-Damm 50, Summa M. 13173,97.

Zusätzlich erhielten: Wald-Michelbach M. 200, Witten 150, Memel 150, Burg b. Magdeburg 100, Eilenburg 100, Summa M. 700.

Altona, 16. Oktober 1909.

Karl Reisk, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

## Vom Bau.

### Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionen usw.

Kollegen! Unterläßt nie, von Unfällen, Bauchschmerzen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Baustellen schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

### Zur Beachtung!

Unter Hinweis auf die Anweisungen im Juni machen wir darauf aufmerksam, daß im November d. J. eine allgemeine Kontrolle der Winterbauten stattfinden soll. Um allen Anforderungen nachkommen zu können, wird dringend ersucht, die Paß der benötigten Fragebogen bei dem Unterzeichneten umgehend zu bestellen.

Die Zentralkommission für Bauarbeiterschutz.

S. A. G. Seinfte, Hamburg 1, Besenbinderhof 56.

Altenstein. Noch rieselt das Blut der beim Elbinger Baunfall Verletzten und getöteten Bauarbeiter in der Nähe der Unfallstelle und fragt die an, durch deren leichtfertige Bauweise das entsetzliche Unglück erfolgte, das jetzt schon wieder die Kunde von einem folgenschweren Brandeinsturz in Altenstein an unser Ohr. Wir erhalten folgende Mitteilung: Ein schwerer Unfall ereignete sich am 14. Oktober am Neubau der Rangierstation des dritten Bataillons des Infanterie-Regiments M. 150. Dort stürzte die oberste, aus Eisenbeton hergestellte Zimmerdecke ein und durchschlug die unteren drei Decken bis zum unteren Fluß. Die Maurer Wieschmietski, Prosch und Korowski, die an der obersten Decke arbeiteten, führten mit Finak und erlitten schwere innere Verletzungen. Wieschmietski, der am schlimmsten weggenommen ist, erlitt eine Durchschuß der Brust, Verletzungen am Kopf, Arm- und Beinbrüche. Prosch erlitt einen doppelten Beinbruch und einen Armbruch. Die Schwerverletzten wurden nach dem Krankenhaus geschafft, wo im Laufe des Nachmittags Wieschmietski und Korowski ihren Verletzungen erlagen. Auch der Zustand des Prosch ist hoffnungslos. Wieschmietski und Korowski waren verheiratet; Wieschmietski hinterläßt eine Witwe und zwei unerwachsene Kinder. Korowski eine Witwe und eine achtzehnjährige Tochter. Prosch ist 19 Jahre alt, unverheiratet und war die Stütze seiner alten Mutter. Der Einsturz erfolgte, weil die Stützen zu früh weggenommen wurden. Die anderen Arbeiter und Maurer konnten sich noch retten, als sie das Knistern der oberen Decken vernahmten. Es muß angenommen werden, daß die Behörden, die sich nach dem Unglück auf der Baustelle einfanden, in bezug auf Kontrolle vor dem Unglück ihre Pflicht nicht erfüllten. Bei der verdammten Vorterritorialität in Altenstein ist es nur ein Wunder, daß dort nicht noch mehr Unfälle passierten. Für unsere Kollegen erwägt aus diesen Umständen die Pflicht, immer lauter den Ruf nach Arbeiterkontrollen zu erheben, bis diese endlich gewährt werden.

Berlin. Am 8. Oktober ereignete sich auf einem Neubau in der Dresdenerstraße ein schwerer Unglücksfall, wobei der Einzelarbeiter Hermann Darsch, der bei der Firma M. Gagnon & Co. beschäftigt war, tödlich verunglückte. Der Bau wird in Eisenbeton ausgeführt; der Unglücksfall fiel aus der Höhe einer Etage auf einen Steinbauwerk und wurde mit schweren inneren Verletzungen nach dem

Krankenhaus Weiskamien gebracht, wo er am 10. Oktober starb. Das Unglück ist ebenfalls auf einen Festtritt des Unglücklichen zurückzuführen.

Bromberg. Auf dem Neubau des Bauarbeiters Witkowski mit der Mithung durch. Ein Kalkstein fiel ihm auf den rechten Fuß, wobei er sich eine schwere Verletzung zuzog. Er wurde in einem Wagen nach seiner Wohnung gefahren. Der Unfall ist hauptsächlich auf mangelhaftes Absteifen der Mithung durch die Arbeiter zurückzuführen.

Düren. Als der Maurer Math. Schaaf am 14. Oktober auf der Baustelle des Krankenhauses zur Baubude gehen wollte, blieb er mit einem Fuße in einem Stachelndraht hängen, wobei er zu Boden fiel. Er mußte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen und als er am andern Tage ins Krankenhaus gebracht werden sollte, starb er auf dem Transport dorthin.

Frankenberg i. S. Am 28. September fiel auf dem Krankenhausneubau ein Maurer von einem 1,20 m hohen Gerüst und zog sich hierbei ziemlich schwere innere Verletzungen zu. Einige Tage zuvor ereignete sich bei den Unternehmern Gebr. Sanitzki drei Unfälle. Auf dem Bau des Bürgerhospitals sprang einem Maurer beim Behauen von Steinen ein Splitter ins linke Auge, wodurch dieses erheblich verletzt wurde. Auf demselben Bau geriet sich ein Maurer beim Versehen von Spalten in das bordere Glied des linken Daumens. Und endlich stürzte ein Maurer beim Aufstellen eines Gerüsts zwei Stodlverte hoch ab, wobei er sich Verletzungen zuzog. Jedenfalls ist nicht den Unfallverhütungsvorschriften gemäß gehandelt worden.

Logau. Ein größerer Unfall ereignete sich am 14. Oktober auf dem Neubau des Architekten Böhmig in der Kaufmännersstraße. Der Eisbarbeiter Klante führte beim Wassertragen von der Leiter, wobei er einen Schenkel- und Rippenbruch erlitt. Klante wurde nach dem fähigsten Krankenhaus gebracht. In seinem Aufkommen wird gezwweifelt. Wer die Schuld an dem Unglücksfall trifft, konnte nicht festgestellt werden.

Gr.-Lichterfelde. Nachdem am Bau der Beantwärtiger an der Kadettenanstalt bereits am 7. Oktober ein Maurer beim Nützen von der ersten Wallanlage abgestürzt war, wobei er sich mehrere Rippenbrüche zugezogen hatte, führten am 15. Oktober wieder vier Steinträger ab. Das Unglück geschah dadurch, daß die Leiter mitten durchbrach, so daß die Leute mit voller Last in die Tiefe stürzten. Während drei mit geringeren Verletzungen davonkamen, mußte der vierte schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht werden. Das Unglück ist in erster Linie auf die schlechte Beschaffenheit der Leiter zurückzuführen.

Nieder-Auerbach. Ein schweres Unglück ereignete sich am 12. Oktober in Jweibrücken. Der Maurer Klein wollte mit einigen Kollegen mittels einer Sanbkarre Gerüstmaterial vom Arbeitsplatz nach dem Lagerraum bringen. Als sie die etwas steile Märkerstraße hinabführten, kam die Karre in ein zu rasches Tempo, Klein rutschte aus und die beladene Karre ging ihm über den Unterleib, wobei er sich schwere innere Verletzungen erlitt, daß er in der Nacht darauf starb.

\* HausEinsturz in Straßburg i. El. Ein entsetzliches Baunglück ereignete sich am 12. Oktober am Neubau des Unternehmens Kern in der Ludwigshafenstraße. Der vier Stodlverte hohe hintere Giebel stürzte zusammen, wobei 20 daran beschäftigte Arbeiter mit in die Tiefe gerissen wurden. Zwei Maurer waren sofort tot, einer starb kurze Zeit später. Die anderen waren größtenteils schwer verletzt und mußten ins Spital gebracht werden. Bei einigen besteht noch Lebensgefahr. Der Grund des Unglücks ist die leichtfertige Bauweise. Kern ist ein sogenannter Baupfeulant, dem es nur darauf ankommt, schnell und billig zu bauen. Er hat zu diesem Bau schlechten Mörtel verwendet. Auch die Verankerung ließ zu wünschen übrig. Zudem hatte das Mauernetz nicht die nötige Ruhe zum Abbinden. In circa sechs Wochen wurde der Bau hochgeführt, was um so gefährlicher war, weil viel Regenwetter herrschte, der Mörtel also noch weniger als sonst abbinden konnte. Zum Transport wurde ein elektrischer Aufzug verwendet, der am Bau selbst befestigt war. Der Umstand, daß der Aufzug überladen wurde sowie das vollständige Freiwerden des Baues verurachteten dessen ständige Erschütterung. Alle diese Umstände wirkten zusammen, so daß die Katastrophe eintreten mußte. Kern wurde nach dem Einsturz verhaftet. Der Bau wird vollständig abgebrochen. Es scheint auch sonst, als ob die Behörden jetzt schärf borgehen wollten. Dies ändert aber an der traurigen Tatsache nichts und es wäre besser gewesen, wenn vorher Abhilfe geschaffen worden wäre. In Straßburg macht sich in letzter Zeit eine wilde Bauweise bemerkbar. Seitens der Arbeiterschaft ist schon immer dagegen angekämpft worden, bis jetzt aber erfolglos. Auch eine Petition an das Ministerium war bis jetzt ohne Erfolg. Ob dies Unglück endlich dazu beitragen wird, den Behörden das Gewissen zu schärfen, muß abgewartet werden.

\* Baukontrollen in Bremen. In der bremischen Bürgerchaft ist am 13. Oktober eine Vorlage des Senats verhandelt worden, wonach die Polizeibehörde, Abteilung Baupolizei, die Anstellung von zwei Baukontrollen zur Durchführung des Schutzes der Bauarbeiters forberte. Die Forderung wurde damit begründet, daß „nach den inzwischen gesammelten Erfahrungen“ die Anstellung von zwei Baukontrollen für notwendig erachtet wurde, „die sich ausschließlich oder doch vorzugsweise mit der Kontrolle über die genaue Einhaltung der Verordnungen vom 16. Februar 1909, betr. den Schutz der Bauarbeiter und die Verhütung von Baunfällen, zu beschäftigen haben“. Es ist das eine Verordnung, die zur Sicherung des Unfallchutzes den Unfallverhütungsvorschriften der Hannoverischen Bauergewerkschaftsgenossenschaft und der Tiefbau-Berufsgenossenschaft Gesetzeskraft verleiht und in der außerdem eine Reihe von Bestimmungen über den städtischen Sanitätschutz auf Bauten Aufnahme gefunden hat. Nach der Angabe der Baupolizei hat sich schon herausgestellt, daß „diese Vorschriften von manchen Beteiligten nicht genügend beachtet werden“. Man will daher eine verstärkte Kontrolle, die mit dem

vorhandenen Beamtenpersonal nicht durchzuführen ist und die in der Weise gehandhabt werden soll, daß „eigens dazu berufene Beamte von Bau zu Bau gehen und die getroffenen Einrichtungen einer genaueren Prüfung unterziehen“. Der Vorschlag einer Poliere dazu zu nehmen, die „neben praktischer Tätigkeit und Erfahrung auch über die erforderlichen technischen Kenntnisse verfügen“, fand in der Bürgerchaft natürlich den stärksten Widerstand der Baugewerksmeister, deren Vorsitzender Weymann und Stadtmann möglichst alle Mißstände auf den Bauten den Arbeitern selbst in die Hände zu schieben wollten. Infolgedessen fand ein Vermittlungsantrag die Zustimmung der Bürgerchaftsmehrheit, der es der Baupolizei überläßt, ob sie Poliere oder Zeichner anstellen will. Die sozialdemokratischen Vertreter forderten die Anstellung von Baukontrollen in der von der Behörde beabsichtigten Weise, jedoch unter Zubilligung des Vorschlagsrechts an die beteiligten Organisationen. Arbeiterkontrollen hatte die Sozialdemokratie schon bei Verabschiedung der neu-revidierten Bauordnung (1906) wie bei den verschiedenen Beratungen der oben genannten Verordnung gefordert. Man kann damit rechnen, daß die Behörde bei der definitiven Anstellung doch noch Poliere berücksichtigen wird.

\* Keine Arbeiter-Baukontrollen in Preußen. Durch die bürgerliche Presse läuft folgende, anscheinend offiziöse Meldung:

„Im Landtag ist in der letzten Session der Wunsch geäußert worden, zur Regelung des Bauarbeiterschutzes Arbeiterkontrollen anzustellen. Die Staatsregierung hat nach wie vor gegen diese Einrichtung grundsätzliche Bedenken und hält Arbeiter als Kontrollen mangels genügender technischer Vorbildung für nicht geeignet. Die Kontrolltätigkeit dieser Kontrollen würde auch nur eine sehr oberflächliche sein können. Zur Ausübung einer wirksamen Kontrolltätigkeit gehören positive Kenntnisse auf konstruktivem Gebiete, namentlich auf dem Gebiete der Eisenkonstruktionen, der Statik, des Gerüstbaus, der Gründung, der Grundwasserentfernung, der Entwässerung alles Fragen, die einem nicht fachlich vorgebildeten Arbeiter selbstverständlich fern liegen müssen. Es würde durch Arbeiterkontrollen nach der Meinung der Staatsregierung auch der soziale Frieden gefährdet werden und der Gegensatz zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Baugewerbe noch mehr verschärft werden, insbesondere, wenn die Arbeiterkontrollen aus Wahlen der Arbeiter hervorgehen. Es würde sich hieraus auch eine Verschärfung des Gleichgewichts zumungunsten der Arbeitgeber vollziehen. Aus diesen Gründen lehnt die Staatsregierung dem Wunsch ablehnend gegenüber.“

Diese Stellungnahme der preussischen Regierung wird jedenfalls nirgend übersehen. Man ist es so gewohnt, an jener Stelle die Arbeiterforderungen mit dem rüchstandigsten Maßstab gemessen zu sehen. Die Unternehmerinteressen sind Krumpf in Preußen. Aber wie lange wird die preussische Regierung noch den Mut haben, eine dringliche Forderung, deren Verwirklichung in immer weiteren Kreisen anerkannt wird, mit solchen tapferen Ausflüchten abzutun? Sie sollte sich einmal bei ihrer bayrischen Kollegin nach der Wirkung der Arbeiter-Baukontrollen erkundigen. Was südlich des Mains ein Heil- und Vorbeugungsmittel ist, kann nördlich des Mains doch nicht das reine Gift sein; die preussische Staatsregierung glaubt es aber.

## Gewerkschaftliches.

\* Vom Gesundheitsprozeß in Frankreich. Die im „Komitee der gewerkschaftlichen Einigkeit“ vereinigten reformistischen Gewerkschaftler — unter dem „Reformismus“ sind bekanntlich alle Richtungen imbegreifen, die den reaktionären Syndikalismus ablehnen, also sowohl sozialistische Gewerkschaftler, wie reine Neutralisten — haben seiden die erste Nummer ihres Kampfblattes „Action Ouvrière“ herausgegeben. Die „Action Ouvrière“ will ein Organ des „unpolitischen Syndikalismus“ sein, d. h. einer Gewerkschaftspolitik, die zum Kampf für wirtschaftliche Interessen alle Arbeiter ohne Rücksicht auf ihre politische Parteigestimmung sammeln will, daher auch Gegenstände wie den Antipatriotismus und den Antiparlamentarismus als außerhalb der Gewerkschaftsaufgaben liegend, ablehnt. Die politische Neutralität soll aber das Blatt nicht abhalten, für eine Verwertung des Gesetzgebungsapparats im Arbeiterinteresse zu wirken, ebenso wenig wie die ihm vertretenen Methoden die Anwendung der Gewalt im geeigneten Augenblick auszuschließen sollen.

Offenlich wird die „Action Ouvrière“ das notwendige Werk der Ganierung der französischen Gewerkschaftsbewegung vorwärtsbringen. Die unaussprechlichen Erfahrungen der Gewerkschaftler mit den bürgerlichen Parlamentariern werden ihnen aber wohl auch noch den Wert einer parlamentarischen Arbeiterpartei begreiflich machen, so daß auch die französische Gewerkschaftsbewegung dieselben Wege wandeln wird, wie sie die deutsche und spanische seit langem wandelt und wie sie die italienische jetzt beschritten hat.

## Polizei und Gerichte.

\* Die Handhabung der Reichsvereingeseßes in Thorn. Als unsere Kollegen im Frühjahr d. J. im Schützenhause in Thorn Stellung zur Rohrbewegung nehmen wollten, wurde ihnen der Saal abgetrieben und zwar, wie bestimmt versichert wird, vom Polizeiführer Hampel. Die Versammlung fand darauf im Verkehrslokal statt, wo Kollege Gehl das Verhalten der Thorer Polizei kritisierte. Der Polizeipräsident Hampel wollte vom Hausflur aus den Eindruck genommen haben, daß im Saal Politik getrieben würde. Auf seine Anweisung wurde gegen den Kollegen Gehl Anlage erhoben, dieser aber vom Schöffengericht und später von der Strafkammer freigesprochen. Mit diesem doppelten Reinfall waren der Hampel und der Staatsanwalt nicht zufrieden, weshalb letzterer Revision einlegte, die aber vom Oberlandesgericht in Marienwerder auf Kosten der Staatskasse

ebenfalls verworfen wurde. In der Urteilsbegründung heißt es unter andern: „Unzutreffend ist die Ansicht der Revision, daß die in Rede stehende Versammlung deshalb zur Erörterung politischer Angelegenheiten bestimmt war, weil sie eine Monatsversammlung eines politischen Vereins war, und daß es gleichgültig sei, ob politische Erörterungen stattgefunden haben.“ Ob nun die Staatsanwaltschaft beziehungsweise Herr Polizeireferent Sempel die Verfolgung der Gewerkschaften in Thron einstellen wird? Ihr unmissiges Bestreben, die Gewerkschaften leichtsin als politische Vereine zu erklären, ist nicht geblüht. Dreimal sind diese Instanzen gründlich zurückgewiesen worden; das sollte eine heilsame Lehre für jene sein, die da glauben, die Arbeiterbewegung in ihrem Vorwärtstreiben hindern zu können. Ueber solche Kleinigkeiten geht die Arbeiterbewegung auch in Thron rüstig hinweg.

**\* Klaffenjustiz.** Wegen Verleumdung und Bedrohung hatten sich kürzlich der Vorsitzende unseres Goswiger Zweigvereins, Kollege Franz Jint, und der Dekanon des Goswiger Volksbauvereins, Otto Kehrung, vor dem dortigen Schöffengericht zu verantworten. Den Angeklagten wurde zur Last gelegt, in Ziolo zurzeit des Mauerstreiks und der Zimmererauspeicherung den Zimmerer Samann aus Reppinchen bei Wiefenburg, der beim Architekten Franz in Arbeit getreten war, beleidigt und bedroht zu haben. Jint soll nach Aussage des Zeugen Samann unter Hinweis auf diesen gesagt haben: „So ein Hund, den lange ich (vom Rade) runter, es ist mir ganz egal, was mir darauf passiert.“ Jint bestritt ganz entschieden, sich so geäußert zu haben, und ein weiterer Zeuge sowie der Mitangeklagte Kehrung, die an dem fraglichen Tage mit Jint stets zusammen waren und die inkriminierte Vernehmung hätten hören müssen, haben davon nichts gehört. Kehrung wurde zur Last gelegt, den Samann durch die Worte: „So ein junger Schmeißel will hier den Streikbrecher machen, der kriegt das überall Arbeit“, beleidigt zu haben. Kehrung gab auch zu, sich so ausgesprochen zu haben, nur will er nicht das Wort „Schmeißel“, sondern Kerl braucht haben. Die Absicht, den Samann zu beleidigen, habe er nicht gehabt. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft beantragte wegen Vergehens gegen den § 153 der Gewerbeordnung gegen Jint und Kehrung, weil er einen unorganisierten Kollegen „blauer“ kitzelt hatte, einen Monat und gegen Kehrung eine Woche Gefängnis. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Hesse, plädierte für eine milde Beurteilung des Falles und glaubte nicht, daß Jint sich zu der inkriminierten Äußerung habe hinreißen lassen; er habe als Mauerer auch kein Interesse an der Zimmererauspeicherung gehabt. Das Gericht verurteilte Jint zu zwei Wochen und Kehrung zu vier Tagen Gefängnis.

Für schlimmstenfalls einige Verbalinjurien also hat das Gericht keine andre Sühne als Gefängnis finden können! Für eine Trostung, die selbst, wenn sie gefallen wäre, ganz harmlos bewertet werden müßte, zwei Wochen, für eine Äußerung, die kaum über eine Mißbilligung des Streikbruchs hinausgeht, vier Tage! Wenn Soldatenschilder die ihnen überantworteten Opfer in den Tod treiben, so genügen einige Tage Arrest. Als kürzlich ein Junker vor Gericht stand, der gemeinsam mit seinem Inspektor einen alten Arbeiter foltergeprügelt hatte, wurde er gar freigesprochen. Nein, wir sind nicht vor dem Gesetze gleich. Man mag streiten was man will: es gibt doch eine Klaffenjustiz! Und in Goswig kennt man sie auch.

**\* Arbeiterrecht und Justiz.** Der Bauntennehmer Xaver Gallinger und der Arbeiter Sebastian Wauer in Regensburg fanden am 6. Oktober wegen fahrlässiger Tötung und fortgesetzten Vergehens gegen die Bauarbeiterbestimmungen vor dem Landgericht. Sie hatten von Ende Januar bis Ende Februar dieses Jahres eine Kolonne Erdarbeiter mit dem Begräumen eines 5 m hohen und 200 m langen Erdwalls in einer Weise beschäftigt, die den oberpolizeilichen Schutzbestimmungen widersprach. Die oberste Erdschicht war etwa 30 cm tief hart gefroren. Es bildeten sich nun viele Meter lange, teils natürliche, teils künstliche Leberänge. Die für die Arbeit sehr gefährlich waren. Als Tauwetter eintrat, erfolgten an mehreren Stellen des Walls starke Materialstößen. Die Arbeiter waren infolgedessen angetrieben, aber der Arbeiter Wauer trieb die Leute mit den Worten: „Geht's her und arbeitet!“ und: „Da heißt nur, arbeitet's nur weiter!“ auf Arbeit an. Als der Unternehmer auf die Gefahr aufmerksam gemacht wurde, sagte er: „Da bleibe ich nach drei bis vier Tagen, ohne daß etwas passiert.“ Am 20. Februar wurde dann der Arbeiter Studer aus Steinweg von einem etwa 50 Zentner schweren Erdteil getroffen und erschüttelt. Er erlitt den Stirnhirnstod. Obwohl der Unternehmer schon öfter wegen ähnlicher Delikte vor Gericht gestanden hatte, und obwohl mehrere Sachverständige vor Gericht nachwiesen, daß Gallinger und Wauer die Schuld an dem Unfall zufallt, verurteilte das Gericht den Unternehmer zu — 100 Geldstrafe. Der Arbeiter erhielt zwei Monate Gefängnis. — Hätte ein Arbeiter einem Streikbrecher auf die Hinterbeine getreten, so wäre er nicht so glimpflich davongekommen wie diese Menschen, die mit dem Leben ihrer Mitmenschen spielen.

**Eingegangene Schriften.**

„Der Süddeutsche Postillon“ geht in den Verlag der Verlagsanstalt und Buchdruckerei Paul Singer in Stuttgart über. Die Uebernahme erfolgt am 4. November ohne Aktien und Posten. Die letzte Nummer (Nr. 23) erscheint am 3. November im Verlag M. Ernst in München; die darauffolgende Nummer 24 wird in Stuttgart herausgegeben werden. Der „Süddeutsche Postillon“ wird wie bisher vierzehntäglich und zwar mit dem „Wahren Jacob“ alternierend, erscheinen. Der Preis bleibt unverändert.

**Briefkasten.**

(Anfragen in Sachen des bürgerlichen Rechts beantwortet wir nicht, ebenso erteilen wir keine briefliche Auskunft, auch nicht, wenn Rückporto beigelegt ist).

Mit was werden Dampfkegel ausgetauscht? Auf diese Frage im Briefkasten der Nr. 31 des „Grundstein“ erhalten wir folgende Zuschrift: „Auf Grund meiner langjährigen Praxis kann ich sagen, daß man zum Ausfüllen von Kesseln am besten Zement und scharfen Sand zu gleichen Teilen gemischt verwendet. Bei normaler Inanspruchnahme der Kessel sind mir Fugendefekte nicht bekannt geworden. Wo die Fugen trotz der oben angegebenen Mischung herausfielen, da geschah dies entweder, weil der Kessel kurz nach Beendigung der Einmauerung unter zu hohen Druck genommen wurde, so daß die Galtbarkeit des Mauerwerks von vornherein stark beeinträchtigt war, oder aber die Anlagen waren überhaupt übermäßig stark beansprucht (durch Ueberhitzer usw.), wodurch naturgemäß das Mauerwerk gelodert wird. Ist dies der Fall, dann bekommen die nachgefragte Teile keine Festigkeit mehr; da heißt es eben: frisch aufmauern. An den Stirnwänden der Kessel mit Innenverankerung und Pfankofft werden ja manchmal keine Defekte nicht zu umgehen sein. Um sie möglichst zu verhüten, verlege ich die Kesselschicht um den vorderen Kesselfuß in feuerfesten Zement und Asbestfäden. Die

Arbeit wird vollständig ausgeführt, mit dem Fugeseifen durchgossen und dann nach Wunsch gefärbt. Bei der Gesamteinmauerung verlege ich die inneren Schichten in Lehm und scharfen Sand, die Außenflächen in Kalkmörtel. Bei diesem Verfahren ist mir meistens der Anlagenbesitzer noch keine Klage ausgegangen. — Ich will den Raum des Briefkastens nicht zu sehr in Anspruch nehmen, sonst ließe ich über diese Frage noch manches sagen.

W. Heintze, Waidheim i. S.

Ein anderer Kollege schreibt: Zu Fugenputz an Dampfkegelmauern nehme ich Eisenfeilspäne, die ich mit der Absonderungsmasse von Schleifsteinen und mit Gips vermische. Diese Mischung wird sehr fest und haltbar.

L. Ludwig, Warmen.  
 W. Müller, Waidtrop. Die Führer durch das preussische Einkommensteuergesetz sind nicht von uns, sondern von der Buchhandlung Bornhäns, Berlin SW 68, Lindenstr. 69, zu beziehen.  
 Halle a. d. S. Die Anzeile kostet M. 1,50.  
 Verb.-Nr. 122 062. Zu einer beantragten Maßnahme gegen einen ehelichen Mann bieten wir unsere Hand nicht. So lange Calmer Mitarbeiter des „Correspondenzblattes“ in, so lange werden wir auch die „Wirtschaftliche Rundschau“ von Calmer abdrucken, für die es übrigens bis jetzt noch keinen Ersatz gibt.  
 Frankenberg. Das Bier muß ohne jeden Preiszuschlag abgegeben werden, dann liegt einfacher gemeinsamer Bezug vor, gegen den kein Mensch etwas ausrichten kann.

**Anzeigen**

**Sterbetafel.**

**Berlin.** Sektion der Gips- und Zementbranche. Am 10. Oktober starb infolge eines Baumfalles der Einzelhändler, Kollege **Hermann Barsch** im Alter von 81 Jahren. — Am 14. Oktober starb nach langer Krankheit der Zementierer, Kollege **Albert Hubus** im Alter von 87 Jahren an Lungenleiden.  
**Brandenburg a. d. S.** Am 18. Oktober starb nach langem Leiden unser treuer Verbandskollege **Gustav Grohse** im 50. Lebensjahre an Nervenleiden.  
**Dresden.** Am 8. Oktober starb unser Verbandskollege **Gustav Böhmer** aus Witten im Alter von 31 Jahren an Lungenentzündung. — Am 10. Oktober starb unser Mitglied **August Hillig** im Alter von 74 Jahren an Nervenleiden. — Am 12. Oktober starb unser langjähriges Mitglied **Wilhelm Neumann** im Alter von 56 Jahren an Nervenleiden.  
**Düsseldorf.** Am 12. Oktober starb unser Mitglied **Jakob Klug** im Alter von 41 Jahren infolge eines Unfalles.  
**Frankfurt a. M.** Zahnstelle Schaafheim. Am 12. Oktober starb unser treuer Verbandskollege **Jakob Höreth** im Alter von 26 Jahren an den Folgen eines Unfalles.  
**Kiel.** Am 8. Oktober setzte der Kollege **Johann Knuet** seinem Leben selbst ein Ziel. Kollege Knuet war selber ein sehr tätiges Verbandsmitglied; seit einigen Jahren war er schwer nervenleidend, dies Leiden hat ihn auch zu diesem Schritte getrieben. — Am 12. Oktober starb der Kollege **Dittmann** nach längerer Krankheit an Magen- und Darmtarrach.  
**Königs-Wusterhausen.** Am 13. Oktober starb unser treuer Kollege **Aug. Schulze I** im Alter von 61 Jahren an Gehirnerweichung.  
**Leipzig.** Am 12. Oktober starb unser Verbandskollege **Karl Schott** im Alter von 25 Jahren an Nervenleiden.  
**Siegenberg.** Am 6. Oktober starb unser Kollege **Robert Heidrich** im Alter von 43 Jahren infolge eines Unfalles.  
**Weihen.** Am 8. Oktober starb unser Verbandskollege **Bernhard Fichtner** im Alter von 57 Jahren an Lungenentzündung.  
**Wülhausen i. G.** Am 16. Oktober starb unerwartet der Kollege **Belloni Luigi Farnste** im Alter von 48 Jahren an Herzschlag.  
**Wülshagen.** Am 5. Oktober starb unser Kollege **Oswald Reichardt** aus Stangenborn im Alter von 27 Jahren.  
**München.** **Neuhäuser.** Am 11. Oktober starb unser Kollege **Ludwig Wirth** im Alter von 39 Jahren an Magenkrebs. — **Planegg.** Am 11. Oktober starb unser Kollege **Xaver Wild**, 28 Jahre alt, an Lungenleiden.  
**Quedlinburg.** Am 12. Oktober starb nach langer Krankheit unser Kollege **Wilhelm Hannig** im Alter von 20 Jahren an Kehlkopfentzündung.  
**Saarbrücken.** Zahnstelle Nieder-Neubach. Am 12. Oktober starb infolge eines schweren Unfalles unser treuer Verbandskollege **Daniel Klein** im Alter von 37 Jahren.  
**Straßburg i. El.** Am 12. Oktober starben beim Einsturz eines Neubaus die Kollegen **Paul Weber** im Alter von 45 Jahren und **Jos. Della** im Alter von 25 Jahren.  
**Silje.** Am 13. Oktober starb nach langer, schwerer Krankheit der Kollege **Heinrich Giertz** im Alter von 72 Jahren an Magenleiden.  
**Wittenberg.** Am 14. Oktober starb unser Kollege **Hermann Hoppe** im Alter von 22 Jahren infolge eines Unfalles an Gehirnerweichung. (Ehrenbreiten Andenken!)

**Galuski**, geboren am 2. Dezember 1884 zu Dirschau, Verb.-Nr. 312 191, wird gesucht. Wer seinen Aufenthalt kennt, wird gebeten, dies sofort dem Zweigverein Danzig mitteilen zu wollen. [M. 1,20]

**Paul Raddatz** wird von Albert Raschitz gesucht. Wer seine Adresse weiß, wolle sie an B. Schlauch, Münster i. W., Hoppenstraße 12, gelangen lassen. [M. 1,50]

Der Vorstand des Zweigvereins Münster.

**Cunnersdorf i. R.**

Sonntag, den 31. Oktober, feiert der Zweigverein in der „Andersdöfener“ sein

**Herbstvergnügen**

bestehend in Ball und humoristischen Vorträgen, gehalten vom Kollegen **Paulmann**.

Alle Kollegen sowie die Junggesellen sind dazu freundlichst eingeladen. [M. 3,00] Der Vorstand.

**Hamburg.**

Sektion der Zementierer und Kunststeinarbeiter. Unser diesjähriges

**\* Stiftungsfest \***

findet Sonntag, den 24. Oktober, nachm. 4 Uhr, in der Barnbederstraße (Winterhub), statt.

Karte für Herrn nebst Dame 30  $\frac{1}{2}$ . [M. 3,30] Die Sektionsleitung.

**Adressenveränderungen.**

(V bedeutet Vortrager, K Kassierer, L Verehrstafel, H Herberge. Kz Revisorenprüfung wird ausgesetzt bei).

Seibe. K. S. Könnau, Feldstr. 64, zweite Tür.

**Versammlungs-Anzeiger.**

**Verbandsversammlungen der Maurer.**

Sonntag, den 24. Oktober.

**Driesen.** Nachm. 3 Uhr. Z.-O.: Abrechnung vom dritten Quartal. Lohnfrage.

**Greene.** Nachm. 2 Uhr beim Gastwirt Schulse, Osterbruch. Wichtige Tagesordnung. Verbandsmitglieder mitbringen.

**Lörrach.** Nachm. 9 $\frac{1}{2}$  Uhr Generalversammlung im Lokale „Drei Könige“. Nichter mitzubringen.

**Niemegk.** Nachm. 2 Uhr bei Hans Schmidt. Z.-O.: Postamt. Referent anwesend.

**Dienstag, den 26. Oktober.**

**Neusalz.** Z.-O.: Abrechnung. Neuwahl der Vorsitzenden.

**Abrechnung, den 28. Oktober.**

**Pinneberg.** Abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr bei Detlofski.

**Sonntag, den 31. Oktober.**

**Kolzig.** Nachm. 2 Uhr bei Herrn Gohmann, Grünwald. Referent anwesend. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

**Würzburg.** Nachm. 10 Uhr im „Hofen“. Z.-O.: Quartalsabrechnung.

**Sonntag, den 7. November.**

**Wittstock.** Nachm. 1 Uhr. Z.-O.: Vorstandswahl. Referent anwesend.

**Zentralkrankenkasse der Maurer usw.**

Sonntag, den 24. Oktober. Nachm. 10 Uhr im Restaurant Ernst Richter, Chausseestraße 104. Z.-O.: Abrechnung und Verschleißes.

**Freitag, den 29. Oktober.**

**Berlin.** Abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr im Gewerkschaftshaus. Z.-O.: Kassen- und Revisionsbericht. Vortrag des Herrn Dr. Gajow über: Licht- und Röntgenbehandlung. Wahl eines Hilfsreferenten für den Bezirk Norden. Verschleißes. Mitgliedsbuch legitimiert.

**Sonntag, den 31. Oktober.**

**München.** Nachm. 10 Uhr im Restaurant „Eisenes Haus“, Rummelstr. 37. Z.-O.: Kassenbericht vom dritten Quartal. Derzeitige Angelegenheiten. Verschleißes.

**Nowawes.** Nachm. 4 Uhr im Singerschen Lokal. Z.-O.: Abrechnung vom dritten Quartal. Kassenangelegenheiten.

**Zalkowo.** Nachm. 3 Uhr bei Schubert. Z.-O.: Abrechnung.

**Adam Jäger**, geboren 14. Juni 1888 zu Wülfeld, eingetretten am 8. März 1906 zu Essen an der Ruhr, Verb.-Nr. 849 801, wird gesucht. Wer seine Adresse angeben kann, wolle sie sofort an **Max Seydewitz**, Sagen i. W., Wehringhauserstr. 39, 2. Et., gelangen lassen. [M. 1,80] Der Vorstand des Zweigvereins Hagen.